

# Frankfurt wird Sitz der künftigen Europäischen Zentralbank

Frankfurt wird Sitz des Europäischen Währungsinstituts (EWI) und später der Europäischen Zentralbank. Darauf einigten sich die Staats- und Regierungschefs der EG auf ihrem Sondergipfel am 29. Oktober 1993 in Brüssel.

Als Präsident des EWI, das mit dem Beginn der 2. Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Januar 1994 seine Arbeit aufnimmt, wurde der belgische Finanzexperte Alexan-

Die Ergebnisse des  
Brüsseler EG-Sondergipfels  
vom 29. Oktober 1993

dre Lamfalussy nominiert. Bundeskanzler Helmut Kohl wertete bei einer Pressekonferenz die Entscheidung für Frankfurt als einen Beschluß von „allergrößter langfristiger Bedeutung“. Die Europäische Zentralbank in Frankfurt sichere für die angestrebte Währungsunion die gleiche Stabilität, wie die Bundesbank dies für die D-Mark gewährleiste. Neben der EWI-Vergabe wurden auch die Sitzländer von weiteren neuen EG-Institutionen geregelt:

- Das Europäische Kriminalamt EUROPOL: Niederlande
- Die Europäische Umweltagentur: Dänemark

(Fortsetzung auf Seite 2)

## HEUTE AKTUELL

### ● Europa

Generalsekretär Peter Hintze: Europa als Chance und Auftrag. Seite 5

Frieden und Wohlstand — für ein handlungsfähiges und einigtes Europa. Positionspapier der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Seite 7

### ● Sozialdemokraten

SPD-Wirtschaftspolitik inzwischen beim Postkarten-Format angekommen. Seite 18

### ● Grundgesetz

Gemeinsame Verfassungskommission: Stabilität und Kontinuität werden im Grunde nicht angetastet. Seite 23

### ● EAK

Wolfgang Schäuble: Es geht uns nicht um Machtausübung, sondern um den Dienst am Nächsten. Seite 29

### ● Öffentlichkeitsarbeit

Europa-Herbstaktion '93: Die europäische Einigung braucht die Unterstützung der Menschen. Seite 35—37

„Aktion des Monats“

S. 32/33

## Das bringt uns die Europäische Union

**Das Inkrafttreten des Maastrichter Vertrags am 1. November 1993 markiert die Geburtsstunde der Europäischen Union. Die wichtigsten Punkte sind:**

- Mit der Europäischen Union wird Europa bürgernäher und demokratischer.
- Der Binnenmarkt wird zur Wirtschafts- und Währungsunion ausgebaut.
- Das Soziale Europa nimmt Gestalt an.
- Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) stärkt die Handlungsfähigkeit Europas.
- Die Europäische Union bedeutet den Einstieg in eine gemeinsame Asylpolitik.
- Die Europäische Union bringt den Einstieg in die gemeinsame Bekämpfung des international organisierten Verbrechens.
- Die Europäische Union wird spätestens 1996 fortentwickelt.

*(Fortsetzung von Seite 1)*

- Das Europäische Markenamt: Spanien
- Die Europäische Stiftung für Berufsbildung: Italien
- Die Europäische Agentur für die Beurteilung von Arzneimitteln: Großbritannien
- Die Europäische Drogenbeobachtungsstelle: Portugal
- Das Europäische Berufsbildungszentrum: Griechenland
- Das Europäische Inspektionsbüro für Veterinär- und Pflanzenschutzkontrolle: Irland
- Die Europäische Agentur für Gesundheitsschutz und Sicherheit am Arbeitsplatz: Spanien.

In der Abschlusserklärung wurde bekräftigt, daß der am 1. November 1993 in Kraft getretene Maastrichter Vertrag über die Europäische Union wie vereinbart umgesetzt wird. Das bedeutet eine Verstärkung der Zusammenarbeit in der Außen-, Sicherheits-, Innen-, Rechts-, Wirtschafts- und Währungspolitik sowie neue, zusätzliche Rechte für das Europäische Parlament. ■

Helmut Kohl:

## Frieden und Freiheit auch für unsere Kinder und Enkel

Eine Bekräftigung der Entschlossenheit, an den strengen Kriterien des Vertrages von Maastricht im Blick auf die Stabilität der künftigen gemeinsamen europäischen Währung ohne Abstriche festzuhalten, hat Bundeskanzler Helmut Kohl die Entscheidung des Europäischen Rates für Frankfurt am Main als Sitz des Europäischen Währungsinstituts genannt.

Die geplante Europäische Wirtschafts- und Währungsunion bleibe allerdings nur Stückwerk, wenn es nicht gelingt, auf dem Weg zur politischen Union weiter voranzukommen. Nur dann werde es gelingen — so der Bundeskanzler —, Frieden und Freiheit auch für die Generationen unserer Kinder und Enkel zu garantieren.



## Kommentare zum EG-Gipfel in Brüssel

### Das richtige Votum

Der Finanzplatz Frankfurt reagiert erleichtert und mit großer Zufriedenheit auf den Beschluß des EG-Gipfels, das Europäische Währungsinstitut (EWI) und — wenn die Europäische Währungsunion kommt — auch die Europäische Zentralbank in der Main-Metropole zu errichten. Die Wahl der Staats- und Regierungschefs unter den konkurrierenden Bewerbern gilt als „das richtige Votum, zukunftsweisend für die notwendige Stabilitätsorientierung der Geldpolitik in Europa“, unterstrich Bundesbank-Präsident Hans Tietmeyer.

Handelsblatt

### Wieder auf Kurs

Der europäische Sondergipfel von Brüssel hat das erwartete positive Ergebnis gebracht. Dennoch wäre es falsch, die Bedeutung dieser Konferenz auf die von einer geschickten belgischen Präsidentschaft und den Regierungschefs geplante Feier des an diesem Montag in Kraft tretenden Vertrags von Maastricht zu reduzieren. Daß politische Erfolge Stimmung und Klima maßgeblich beeinflussen können, ist keine neue Erkenntnis. Erstmals mag dies in den nächsten Monaten und Jahren der bundesdeutschen Debatte über die europäische Währungsunion (WWU) eine positivere Richtung geben, wie Bundeskanzler Kohl in seinem erfolgreichen Kampf für den Frankfurter Sitz der künftigen EG-Zentralbank und ihres Vorläufers, des Europäischen Währungsinstituts (EWI), richtig erkannt hat.

Handelsblatt

### Hausaufgabe erledigt

Ein Sieg auf fremdem Terrain zählt mitunter mehr als mancher Punktgewinn in heimischen Gefilden. Und schließlich eignet sich ein Auswärtserfolg auch hervorragend,

um Unzufriedene in den eigenen Reihen zu besänftigen. Bundeskanzler Helmut Kohl kann mit den Ergebnissen des Brüsseler EG-Sondergipfels vollauf zufrieden sein. Daß mit dem Europäischen Währungsinstitut, der Vorstufe einer Zentralbank der Gemeinschaft, die sicherlich wichtigste neu zu schaffende Institution ihren Sitz in Frankfurt nehmen wird, kann aus deutscher Sicht als großer Erfolg gewertet werden. Diese Entscheidung ist natürlich zualterererst prestigeträchtig. Sie ist aber auch ein Ergebnis deutscher Finanz- und Bundesbankpolitik, die sich gerade in den unruhigen Zeiten der letzten Jahre bei anderen europäischen Regierungen wegen ihres vorausschauenden und keineswegs hektisch auf Krisen reagierenden Handelns Anerkennung erworben hat. Was liegt da näher, als den künftigen Hüter europäischer Geldwertpolitik dort anzusiedeln, wo bereits die stabilitätsbewußte Bundesbank ihren Sitz hat.

Kölnische Rundschau

### Frankfurt dankt dem Kanzler

Ein großer Tag für Frankfurt — jubelten die Amtsträger im Römer. Und sie lobten zu Recht ihre jahrelange Arbeit dafür, die Europäische Zentralbank an den Main zu holen. Doch daß dieses Ziel wirklich erreicht wurde, ist vor allem einem zu verdanken: Bundeskanzler Helmut Kohl hat sein ganzes politisches Gewicht in Europa dafür in die Waagschale geworfen, daß Frankfurt nun der wichtigste Finanzplatz Europas wird. Die Zukunft dieser Stadt — mit rund 60.000 Arbeitsplätzen in Banken und 100.000 Jobs, die davon abhängen — ist durch den ganz persönlichen Einsatz Helmut Kohls gesichert. Nur Kohl konnte es schaffen, John Major zum Einlenken zu bewegen — und der muß dafür in England viele Prügel einstecken. Auch Außenmini-



ster Kinkel stellt Kohls Leistung in den Vordergrund: Die europäischen Regierun-  
gs-Chefs haben mit der Vergabe vor  
allem Helmut Kohls konsequente Ein-  
igungspolitik gewürdigt und alle Ängste  
über ein wirtschaftlich zu starkes Deutsch-  
land hintangestellt.

Frankfurter Neue Presse

## Die Hauptstadt

Frankfurt soll die Hauptstadt des europäi-  
schen Geldes werden. Die Entscheidung,  
zunächst das Währungsinstitut und später  
die Notenbank in Frankfurt anzusiedeln,  
bedeutet aber gleichzeitig auch ein Votum  
gegen das Institut der „Hauptstadt“ im  
Sinne eines ökonomisch beherrschenden  
und zur geistigen Führung bestimmen Zen-  
trums von Nationalstaaten. Die Staats-  
und Regierungschefs haben mit Frankfurt  
nicht nur einen ausgezeichneten Ort des

Geistes der Geldstabilität gewählt, sondern  
auch eine dynamische Stadt in einer der  
bedeutendsten Wirtschaftsregionen der  
Gemeinschaft.

Frankfurter Allgemeine Zeitung

## Wende für Europa

Der Brüsseler EG-Gipfel brachte die  
Wende für Europa. Sie wird vor allem  
durch zwei Vorgänge symbolisiert: Bundes-  
kanzler Kohl setzte durch, daß die Basis  
für die spätere Zentralbank einer EG-  
Währungsunion — das Währungsinstitut  
— in Frankfurt angesiedelt wird. Und der  
Matador unter den Verfechtern des „locke-  
ren“ Europa, der britische Premierminister  
Major, stimmte allen Beschlüssen zur  
Umsetzung des Maastricht-Vertrages ohne  
hörbares Widerstreben zu. Das gilt auch  
für die Frankfurt-Entscheidung.

Westdeutsche Allgemeine Zeitung

## Militärwohnungen bringen Entlastung für den sozialen Wohnungsmarkt

Vom 3. Oktober 1992 bis 30. Juni  
1993 wurden von den Militärs 12.400  
bundeseigene Wohnungen zurückge-  
geben. Für die Jahre 94/95 ist mit der  
Freigabe weiterer 6.100 bundeseige-  
ner Wohnungen zu rechnen, die bis-  
lang von Angehörigen der ausländi-  
schen Streitkräfte genutzt wurden.

Dies geht aus einer Stellungnahme des  
Bonner Finanzministeriums hervor,  
mit der der Parlamentarische Staatsse-  
kretär beim Bundesminister der Finan-  
zen, Joachim Grünewald, jetzt eine  
Anfrage des badischen Bundestagsab-  
geordneten und Wohnungsexperten  
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion,  
Peter Götz, beantwortet.

Wie der Mitteilung des Ministeriums  
weiter zu entnehmen ist, waren den

alliierten Streitkräften in den alten  
Bundesländern zum Stichtag 30. Juni  
1993 noch rund 60.000 Wohnungen  
auf bundeseigenen Grundstücken zur  
Nutzung überlassen.

Nach Aussage von Peter Götz kann  
ein Großteil dieses Wohnungskontin-  
gents bereits in absehbarer Zeit Sozial-  
mietern zugute kommen. Der Abge-  
ordnete erinnert in diesem Zusammen-  
hang an die jetzt im Entwurf des Bun-  
deshaushalts 94 aufgenommene Mög-  
lichkeit, bundeseigene Wohnungen  
auch in den alten Bundesländern zu  
günstigen Konditionen an Gemeinden  
und kommunale Wohnungsbaugesell-  
schaften zu veräußern, sofern sich die  
Erwerber verpflichten, den Wohn-  
raum mindestens 20 Jahre als Sozial-  
wohnungen zu vermieten.



**Generalsekretär Peter Hintze:**

## Europa als Chance und Auftrag

**Im Wettlauf mit den drängenden Weltproblemen Überbevölkerung, ökologisches Gleichgewicht, Innere und Äußere Sicherheit sowie Arbeit haben die Europäer mit der Entscheidung für die Europäische Union eine wichtige Zielmarke erreicht.**

Die CDU dankt Helmut Kohl, daß er unbeirrt von den Strömungen des Zeitgeistes an der Vision Europa festgehalten und sie durchgesetzt hat. Jetzt kommt es darauf an, die damit gewonnene Chance nicht zu verspielen.

Gegen rechtsradikale Kleingeistigkeit und linkes Status-quo-Denken müssen wir in jenen Fragen als Europäer gemeinsam politisch handeln, für die der Nationalstaat zu klein geworden ist. Dabei geht es um die wirksame Bekämpfung des grenzüberschreitenden Verbrechens, eine gemeinsame Sicherheitspolitik, die Wahrnehmung unserer weltweiten ökologischen Verantwortung und eine Wirtschaftspolitik, die Europa im Wettbewerb der Kontinente nicht hinter Amerika und Asien zurückfallen läßt.

Europa steht auch vor einer großen moralischen Aufgabe: Wir dürfen die Länder der Dritten Welt und des ehemaligen Ostblocks nicht mit ihren Problemen alleine lassen. Es gilt, eine faire Weltwirtschaftsordnung zu gewährleisten und Hilfe zum Aufbau stabiler Demokratien zu geben.

Europa ist auch gefordert, die Idee des christlichen Abendlandes im Sinne einer

### Weltweite Konvention gegen das Klonen menschlicher Embryos gefordert

neuen Weltethik zu vertreten. Das Wesen des Menschen darf weder durch Hunger und Not noch durch Unfreiheit und Gewalt, noch durch unzulässige Eingriffe in das Erbgut beschädigt werden. Europa sollte für eine internationale Konvention zum Schutz der menschlichen Natur eintreten, mit der etwa das Klonen von menschlichen Embryonen weltweit geächtet wird. ■

### Neue Ausgabe der „Bau- und Wohnfibel“ liegt vor

**I**n achter, neu bearbeiteter und aktualisierter Auflage liegt jetzt die „Bau- und Wohnfibel“ wieder vor.

Das Buch, das in der Reihe „Ratschläge und Hinweise“ des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung erschienen ist, gibt auf 128 Seiten Informationen und Entscheidungshilfen für alle, die Wohneigentum bilden wollen. Es beantwortet

u. a. folgende Fragen: Wann ist Wohnen in den eigenen vier Wänden günstiger als zur Miete? Soll man bauen oder kaufen? Was muß man z. B. beim Grundstückskauf berücksichtigen?

**Die „Bau- und Wohnfibel“ ist kostenlos erhältlich beim Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, 53105 Bonn, Telefon (02 28) 20 80.**



# Weitreichende Befugnisse für das Europäische Parlament

Am Montag, dem 1. November, ist der Vertrag von Maastricht in Kraft getreten. Damit entsteht die Europäische Union. Die Befugnisse des Europäischen Parlaments werden erheblich ausgeweitet. Hierzu erklärte der niedersächsische CDU-Europaabgeordnete Hans-Gert Pöttering (Bad Iburg), stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament:

Mit dem Inkrafttreten des Vertrages von Maastricht und dem Entstehen der Europäischen Union bekommt das Europäische Parlament weitreichende Befugnisse. Dazu gehören:

- Gleichberechtigung des Europäischen Parlaments mit dem Ministerrat in den meisten Bereichen des Binnenmarktes, also beim freien Austausch von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital in der EG.

## EP gleichberechtigt

- Gleichberechtigung des Europäischen Parlaments mit dem Ministerrat bei der Aufstellung von Programmen im Bereich

des Umwelt- und Verbraucherschutzes, von Bildung und Kultur sowie der sogenannten transeuropäischen Netze (Verkehrswege und Telekommunikation).

- Internationale Verträge der EG, so z. B. mit Rußland, bedürfen der Zustimmung des Europäischen Parlaments.

## EP muß zustimmen

- Eine Erweiterung der Europäischen Union um neue Staaten ist nur möglich, wenn das Europäische Parlament zustimmt. Das gleiche gilt für sogenannte Assoziierungsverträge, zum Beispiel mit Polen, Tschechien, der Slowakei und Ungarn (Europaabkommen).

- Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments werden in Deutschland am 12. Juni 1994 gewählt. Die nächste Brüsseler Kommission tritt Anfang 1995 ihr Amt an. Sie bedarf dazu eines Vertrauensvotums des Europäischen Parlaments. Damit erhält das Europäische Parlament Einfluß auf die Auswahl qualifizierter Kommissionsmitglieder, „die sowohl gute Europäer sind als auch die berechtigten nationalen Interessen vertreten“.

## Ostprodukte im Aufwärtstrend

Ostdeutsche Verbraucher bevorzugen zunehmend Produkte aus den eigenen Bundesländern. Dies ist das Ergebnis einer Befragung der GfK-Marktforschung (Nürnberg) bei 1.000 Verbrauchern. Wie die GfK anlässlich der Verbraucherausstellung Infa mitteilte, seien Qualität, Geschmack, Preis und Verpackung der Erzeugnisse entscheidende Kriterien für die Bevorzugung der Produkte durch die Verbraucher. Sei dies gewährleistet, dann hätten Ostprodukte enorme Marktchancen bei den ostdeutschen Verbrauchern, da sie ihnen bekannt und vertraut seien.



# Frieden und Wohlstand – für ein handlungsfähiges und einiges Europa

**Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in ihrer Sitzung am 26. Oktober einstimmig nachstehendes Positionspapier zur europäischen Integration beschlossen:**

Die Europäische Gemeinschaft sichert seit 40 Jahren Frieden und Wohlstand in Europa. Heute steht sie vor der großen Aufgabe, sich geänderten politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen. Der Vertrag von Maastricht enthält hierfür die geeigneten Verfahren und Instrumente.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt, daß mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Oktober 1993 der Vertrag nun unverzüglich in Kraft treten kann. Das Urteil bestätigt die herausgehobene Bedeutung von Bundestag und Europäischem Parlament für die demokratische Legitimation des europäischen Einigungsprozesses und setzt wichtige Wegmarken für die weitere Entwicklung. Dies verleiht dem europäischen Einigungsprozeß neue Schubkraft und stärkt die Handlungsfähigkeit Europas in einer Zeit wachsender Europa-Skepsis seiner Bürger.

Die angestrebte Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) ist ein Schlüsselfaktor für wirtschaftliche Stabilität und Wohlstand in Europa. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt, daß die Bundesregierung weiterhin am Fahrplan für die Verwirklichung der Wirtschafts-

und Währungsunion festhalten will, damit die 2. Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion wie geplant am 1. Januar 1994 beginnen und das Europäische Währungsinstitut seine Arbeit aufnehmen kann. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bekräftigt ihre Auffassung, daß eine Währungsgemeinschaft nur als Stabilitätsgemeinschaft möglich ist und deshalb der Übergang in die 3. Stufe der WWU nur jenen Ländern eröffnet werden darf, die die im Vertrag von Maastricht geforderten Konvergenzkriterien ohne Abstriche erfüllen.

Stabilität, der Gleichlauf bei den wirtschaftlichen Grunddaten und erwiesene dauerhafte haushalts- und finanzpoliti-

**Ganz Europa muß zu einem Anker der Stabilität in einer sich wandelnden Welt werden.**

sche Solidität der teilnehmenden Mitgliedstaaten sind hierzu unabdingbare Voraussetzungen. Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert, sich jedem Versuch zu widersetzen, die Konvergenzkriterien aufzuweichen, die in Maastricht vereinbart worden sind, und darüber zu wachen, daß der Übergang zur 3. Stufe der WWU sich streng an diesen Kriterien orientiert.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion verweist in diesem Zusammenhang auf den



Beschluß des Deutschen Bundestages vom 2. 12. 1992 (Bundestagsdrucksache Nr. 12/3906), insbesondere darauf, daß er sich zum Übergang in die 3. Stufe der WWU eine eigene Bewertung vorbehalten hat.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Frage des Sitzes für das Europäische Währungsinstitut beim Gipfeltreffen der europäischen Staats- und Regierungschefs am 29. Oktober 1993 zugunsten von Frankfurt am Main zu klären. Die Entscheidung für Frankfurt würde den gemeinsamen Willen zu einer stabilen Währung für die Bürger glaubhaft symbolisieren.

## Rolle des Parlaments gestärkt

Über die Wirtschafts- und Währungspolitik hinaus präzisiert der Vertrag von Maastricht Felder und Verfahren des gemeinsamen Handelns in den Bereichen der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der Innen- und Justizpolitik. Er stärkt die Rolle des Europäischen Parlaments durch mehr demokratische Mitwirkung und Transparenz und gewährleistet die Identität und Eigenständigkeit der Mitgliedstaaten und Regionen durch den Grundsatz der Subsidiarität.

Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien, die Folgen weltweiter wirtschaftlicher Rezession und die kürzlichen Turbulenzen im Europäischen Währungssystem unterstreichen die Notwendigkeit, daß der Maastrichter Vertrag in all seinen drei Säulen unverzüglich, vollständig und gleichmäßig umgesetzt werden muß.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sieht dringenden Handlungsbedarf auf dem Gebiet der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP). Die Ereignisse der letzten Monate in Europa mit Nationalitätenkonflikten bis hin zu kriegerischen Auseinandersetzungen haben

gezeigt, wie dringlich die im Maastrichter Vertrag vorgesehenen Verfahren und Entscheidungsmechanismen für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik umgesetzt werden müssen.

Nur eine starke, im Handeln einige Gemeinschaft kann einen wirksamen Beitrag zur Sicherung des Friedens und eines stabilen Umfeldes leisten, woran gerade Deutschland wegen seiner geographischen Lage und seiner internationalen Verflechtungen sowie seiner Exportabhängigkeit ein existentielles Interesse hat.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion spricht sich deshalb dafür aus, daß die mit dem „Bericht an den Europäischen Rat“ (Lissabon) identifizierten Themen entsprechend Artikel J 3 des Maastrichter Vertrages zu gemeinsamen Aktionen weiterentwickelt werden und dann auch Entscheidungen mit qualifizierter Mehrheit eine größere Bedeutung erlangen.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hält es für notwendig, daß vorrangig als gemeinsame Aktionen die Politik der Gemeinschaft gegenüber den Reformdemokratien in Mittel- und Osteuropa, Rußland, dem Nahen Osten und Südafrika beschlossen und unverzüglich Umfang, Ziele sowie Mittel, Verfahren und Bedingungen für die Durchführung dieser gemeinsamen Aktionen festgelegt werden.

## WEU und NATO

Eine aktive und wirksame gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik bedarf einer flexiblen und effektiven Steuerung und Koordinierung. Hierzu müssen umgehend die organisatorischen Voraussetzungen geschaffen werden. Auch die Entwicklungszusammenarbeit der Mitgliedstaaten und die der Gemeinschaft ist zu einer wirksamen europäischen Entwicklungspolitik weiterzuentwickeln.



Die Europäer müssen größere sicherheitspolitische Verantwortung übernehmen. Deshalb hält es die CDU/CSU-Bundestagsfraktion für notwendig, daß auch die gemeinsame europäische Verteidigung möglichst bald konkrete Gestalt annimmt. Dafür muß die WEU als Verteidigungskomponente der Europäischen Union und als europäischer Pfeiler im NATO-Bündnis in ihrer politischen und operativen Rolle weiter gestärkt werden.

Dies gilt auch im Hinblick auf die künftige Mitgliedschaft von EFTA-Staaten und mittel- und osteuropäischen Staaten in der Europäischen Union und der Möglichkeit ihres Beitritts zur WEU. Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, daß dem Rat bis Mitte 1994 mit der WEU abgestimmte Vorschläge für die baldige Verwirklichung der gemeinsamen europäischen Verteidigungspolitik und Verteidigung vorgelegt werden.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist der Auffassung, daß den Reformdemokratien Mittel- und Osteuropas schon vor einem Beitritt zur Europäischen Union die Assoziierung zur WEU eröffnet werden sollte. Eine wichtige Voraussetzung hierfür ist, daß diese Staaten sich zum Schutz der in ihren Grenzen lebenden Minderheiten und zur friedlichen Regelung von Grenzfragen verpflichten.

## Kriminalität bekämpfen

Der Schutz der Bürger vor Kriminalität und die Gewährleistung der Inneren Sicherheit ist eine weitere zentrale Aufgabe in einer Gemeinschaft offener Binnengrenzen. Die Bürger erwarten zu Recht eine entschlossene Bekämpfung der Kriminalität auf allen Ebenen. Die Gemeinschaft ist hier vor allem bei der Bekämpfung des internationalen organisierten Verbrechens gefordert.

Obwohl Artikel 8 a des geltenden EG-Vertrages den freien Personenverkehr und den völligen Abbau der Personenkontrollen an den Binnengrenzen vorsieht, ist bisher weder dieses Ziel vollständig erreicht noch sind die hierfür erforderlichen Voraussetzungen in Gestalt der notwendigen Ausgleichsmaßnahmen, insbesondere an den Außengrenzen, geschaffen worden.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert deshalb die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, daß verbindliche Maßnahmen der Zusammenarbeit, die gemäß Artikel K 1 des Maastrichter Vertrages Angelegenheiten von gemeinsamem Interesse sind, zügig erarbeitet und bereits vorliegende Übereinkommen rasch unterzeichnet und ratifiziert werden.

Leitlinien der Zusammenarbeit sollten dabei die im Schengener Übereinkommen vorgesehenen Maßnahmen sein, das sich als Vorläufer und Modell für den freien Personenverkehr in Europa versteht.

Der Rat der Innen- und Justizminister sollte dem Europäischen Rat bis spätestens Mitte 1994 Vorschläge für gemeinsame Standpunkte bzw. gemeinsame Maßnahmen auf folgenden Gebieten vorlegen:

- Harmonisierung der Asylpolitik,
- Harmonisierung der Einwanderungspolitik,
- Vereinfachung der Rechtshilfe,
- Zusammenarbeit im Zollwesen,
- polizeiliche Zusammenarbeit zur Bekämpfung des Terrorismus, des illegalen Drogenhandels und sonstiger schwerwiegender Formen der internationalen Kriminalität.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hält es für vordringlich, daß Europol in seiner ersten Stufe als Drogenbeobachtungs-



stelle spätestens am 1. Januar 1994 seine Arbeit aufnehmen kann. Deshalb muß die Standortfrage auf dem Gipfeltreffen der Europäischen Staats- und Regierungschefs am 29. Oktober 1993 entschieden werden. Der Rat der Innen- und Justizminister sollte bis Ende 1994 dem Europäischen Rat einen Bericht über die bisherige Tätigkeit von Europol vorlegen und Vorschläge für einen weiteren Ausbau machen.

Den grenzüberschreitenden Gefahren für die Innere Sicherheit kann letztlich nur eine für bestimmte Arten der Kriminalität gemeinschaftsweit zuständige europäische Polizeibehörde wirksam begegnen. Auch hierfür muß eine effektive parlamentarische Kontrolle gewährleistet sein.

---

## Beitritt der EFTA-Staaten

---

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt die Beitrittsverhandlungen mit Österreich, Finnland, Schweden und Norwegen und erwartet einen zeitgerechten Abschluß bis zum Frühjahr 1994, um einen Beitritt Anfang des Jahres 1995 gemäß den Leitlinien des Europäischen Rates von Kopenhagen zu ermöglichen. Ein Beitritt der EFTA-Staaten zur Gemeinschaft wäre nicht nur ein Zugewinn für die Gemeinschaft und Zeichen für ihre Attraktivität, sondern auch Ausdruck der Tatsache, daß die Gemeinschaft das ganze Europa in den Blick nimmt und sich nicht nach außen abschottet.

Dies gilt besonders auch für die notwendige schrittweise Einbindung der Reformdemokratien in den mittel- und osteuropäischen Staaten. Die Beschlüsse des Europäischen Rates von Kopenhagen über Marktöffnung, politischen Dialog und Beitrittsperspektive müssen daher konsequent und umfassend umgesetzt werden. Die hierfür verantwortlichen

Ministerräte sollten dem Europäischen Rat regelmäßig, beginnend bereits im Dezember 1993, Bericht erstatten. Die Handlungsfähigkeit der Gemeinschaft muß gestärkt werden. Deshalb muß die Erweiterung der Europäischen Union zum Anlaß genommen werden, eine institutionelle Reform auf den Weg zu bringen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion spricht sich dafür aus, daß beim Brüsseler Sondergipfel am 29. 10. 1993 eine Kommission eingesetzt wird, die bis zum Europäischen Rat im Dezember dieses Jahres Empfehlungen für eine institutionelle Reform der Union vorlegen soll im Hinblick auf eine Fortentwicklung der Zusammensetzung, Verfahren und Befugnisse von Europäischem Parlament, Rat, Kommission sowie der übrigen Organe und Ausschüsse der Gemeinschaft. Die institutionellen Teile der Beitrittsverträge sollen so gestaltet werden, daß sie den wesentlichen Inhalt späterer institutioneller Reformen verbindlich markieren. Ziel muß es sein, bei der Revisionskonferenz 1996 eine institutionelle Struktur zu beschließen, die einer erweiterten Gemeinschaft angemessen ist, effektive Entscheidungen und ein Höchstmaß an parlamentarischer Mitwirkung und Kontrolle gewährleistet.

---

## Bürgernähe und Transparenz

---

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt und bekräftigt die Beschlüsse des Europäischen Rates von Birmingham und Edinburgh mit ihrem Bekenntnis zu mehr Bürgernähe und Transparenz der Gemeinschaftsentscheidungen. Sie tragen dem gestiegenen Bedürfnis der Bürger an Beteiligung an der europäischen Integration Rechnung. Die beschlossenen Maßnahmen müssen so rasch wie möglich umgesetzt werden. Vorrangig sind nach Auffassung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion folgende Bereiche:



● Abschluß der interinstitutionellen Vereinbarung über die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips gemäß Artikel 3 b EG-Vertrag bis Ende 1993. Die Vereinbarung sollte insbesondere eine möglichst präzise Beschreibung der Zuständigkeitsaufteilung zwischen Gemeinschaft und Mitgliedstaaten enthalten.

● Ratifizierung der Änderung des Wahlakts zur Erhöhung der Abgeordnetenzahl des Europäischen Parlaments durch die übrigen Mitgliedstaaten rechtzeitig vor der Wahl zum Europäischen Parlament 1994.

● Verabschiedung und Umsetzung einer Richtlinie über das aktive und passive Wahlrecht zum Europäischen Parlament rechtzeitig vor der Wahl zum Europäischen Parlament 1994.

● Klarere und einfachere Gestaltung des Gemeinschaftsrechts. Dazu gehört in Vorbereitung der Revisionskonferenz 1996 auch die Ordnung und Straffung des primären Gemeinschaftsrechts, dessen Charakter als „Grundgesetz“ der Gemeinschaft auch in Form und Inhalt stärker zum Ausdruck kommen sollte.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bekräftigt, daß es für Deutschland zur Europäischen Integration keine Alternative gibt. Die Fortführung einer jahrzehntelangen, eindeutigen, glaubwürdigen und für den Bürger vorteilhaften Politik liegt im höchsten nationalen Interesse der Bundesrepublik Deutschland.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bekräftigt ihre Überzeugung, daß die Rechte des Europäischen Parlaments weiter gestärkt werden müssen, so daß es seine Aufgabe als Instanz parlamentarischer Kontrolle und Entscheidung in Europa voll wahrnehmen kann. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion betont allerdings die Notwendigkeit, daß — solange in den Zuständigkeitsbereichen

der Gemeinschaft die volle demokratische Mitwirkung der Bürger über das Europäische Parlament nicht realisiert ist, Europäisches Parlament und Rat nicht gleichberechtigt als Gesetzgeber des Gemeinschaftsrechts fungieren und die Kommission nicht wie eine Exekutive tätig ist — die nationalen Parlamente eine besondere Verantwortung für die Kontrolle der Entscheidungen in Angelegenheiten der Europäischen Union behalten. Besonders wichtig zur Ausübung dieser Verantwortung ist die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Europäischen Parlament und die reibungslose Zusammenarbeit zwischen Bundesregierung und Bundestag über den zu errichtenden Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union (Europa-Ausschuß).

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird weiterhin nachdrücklich eine Politik der Bundesregierung unterstützen, die in der Perspektive eines fortschreitenden Integrationsprozesses die Institutionen und Verfahren des Maastrichter Vertrages mit Leben erfüllt und erprobt, damit ganz Europa zu einem Anker der Stabilität in einer sich wandelnden Welt wird.

## Personale

Der niedersächsische Landtagsabgeordnete **Gustav Isernhagen** aus Wietzendorf ist auf der Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) in Lübeck zu einem der fünf stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt worden. Er trat damit die Nachfolge der ehemaligen niedersächsischen Staatssekretärin **Hedda Meseke** an, die wegen ihrer Kandidatur für das Amt der Präsidentin des Bundesrechnungshofes nicht wieder zur Verfügung stand.



# Das Europäische Parlament an der Seite der Bürger

Das Europäische Parlament versteht sich am Beginn des fünften Jahrzehnts seines Bestehens mehr denn je in erster Linie als mahndendes, demokratisches Gewissen und als Anwalt der Bürgerinnen und Bürger. Dieser Grundsatz gilt seit der konstituierenden Sitzung der damaligen „Beratenden Versammlung“ der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl im September 1952.

Dieses Prinzip ist noch stärker in den Vordergrund gerückt seit der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments im Jahre 1979. Das EP ist die einzige von den EG-Bürgern frei gewählte Institution unserer Gemeinschaft. Die 518 Abgeordneten aus den zwölf Mitgliedstaaten tragen eine hohe Verantwortung.

Dies gilt umso mehr, als wir uns im Juni 1994 den Wählern in unseren Mitgliedsländern zur 4. Direktwahl für das Europäische Parlament stellen.

## ● Bedeutung des Maastricht-Vertrags für das Europäische Parlament

Das Europäische Parlament setzt alles daran, bei der Gestaltung der EG-Interne und darüber hinausreichenden Politiken eine gleichgewichtige Rolle mit den beiden anderen großen Organen zu spielen, d. h. der Kommission als Initiativ- und Exekutivorgan und dem Ministerrat als Beschlußfassungsgremium. Diese Position des Europäischen Parlaments hat durch die Einheitliche Europäische

Akte — in Kraft seit Mitte 1987 — eine deutliche Stärkung erfahren und wird durch zahlreiche Bestimmungen des Vertrags von Maastricht weiter gestärkt werden. Deshalb drängen wir nachdrücklich auf den endgültigen Abschluß der Verfahren zur Ratifizierung des Maastricht-Vertrags sowie auf die Implementierung und konsequente Durchführung.

## ● Ausbau der Kontrollbefugnisse und Kompetenzen

Der Vertrag von Maastricht bietet dem EP die Grundlage, seine demokratischen Kontrollbefugnisse und Kompetenzen zu

## Von Egon A. Klepsch, Präsident des Europäischen Parlaments

stärken und wesentlich auszubauen. Als wichtige Beispiele möchte ich erwähnen das Zustimmungsrecht des Europäischen Parlaments bei der Ernennung des Kommissionspräsidenten und der gesamten, derzeit aus siebzehn Mitgliedern bestehenden EG-Kommission. Bislang hat das EP lediglich die Möglichkeit, die Gesamtkommission über ein Mißtrauensvotum abzusetzen.

Nunmehr wird das Parlament entsprechend der im September verabschiedeten neuen Geschäftsordnung den von den Mitgliedstaaten zu ernennenden Kommissionspräsidenten anhören und nach einer Aussprache im Plenum eine



Abstimmung über die Benennung durchführen. Für die neu zu benennende Kommission ist nach Anhörung der von den Mitgliedstaaten vorgeschlagenen Kommissare durch die jeweils zuständigen Ausschüsse ein Zustimmungsvotum im Plenum vorgesehen.

Durch den Maastricht-Beschluß wird zudem die Amtszeit der Kommission der Legislaturperiode des Parlaments angepaßt, d.h. von vier auf fünf Jahre verlängert. Auch dies ist für die politische Arbeit von Belang.

Maastricht gibt dem Europäischen Parlament des weiteren die Befugnis zur Ratifizierung sämtlicher Abkommen der EG mit Drittländern, die einen politischen, wirtschaftlichen oder finanziellen Schwerpunkt haben. Bislang hat das Europäische Parlament bereits das Zustimmungsvotum zu Assoziierungsabkommen und bei Beitrittsverträgen zur Europäischen Gemeinschaft — was manchen gar nicht bewußt ist.

### ● Ombudsmann und Untersuchungsausschüsse

Die Stellung des Europäischen Parlaments als demokratisches Kontrollorgan wird künftig außerdem gestärkt durch die Einsetzung eines Ombudsmannes (Bürgerbeauftragten), der vom Parlament gewählt und ausschließlich ihm verantwortlich ist. Dänemark liefert uns in dieser Hinsicht ein positives Beispiel. Die Schaffung von Untersuchungsausschüssen ist ein zusätzliches Beispiel hinsichtlich des Ausbaus der demokratischen Kontrollbefugnisse. Das Europäische Parlament wird auf diese Weise in die Lage versetzt, die Bürokratien der Kommission und des Ministerrats — in dem die Vertreter der einzelnen Regierungen beschließen — umfassend zu kontrollieren.

### ● Mitentscheidungsrechte

Schließlich räumt der Vertrag von Maastricht dem Europäischen Parlament das Mitentscheidungsrecht ein, d.h. gleichberechtigte Mitentscheidung mit dem Ministerrat bei dessen Beschlüssen mit qualifizierter Mehrheit. Diese Zustimmungsbefugnis — mit der absoluten Mehrheit von 260 Abgeordneten — bleibt vorerst allerdings auf den Anfang dieses Jahres in Kraft getretenen einheitlichen Binnenmarkt und einige Rahmenbereiche beschränkt. Das Europäische Parlament fordert die Ausdehnung des Mitentscheidungsrechts auf sämtliche Gemeinschaftsaktivitäten. Das kann ohne Vertragsänderungen über die im Maastricht-Vertrag enthaltene Evolutivklausel geschehen.

### ● Haushaltsrechte

Mitentscheiden hat das Europäische Parlament bislang hauptsächlich im Haushaltsverfahren. Das jährliche EG-Budget kann erst in Kraft treten, wenn es vom Parlamentspräsidenten unterzeichnet wurde.

Das Europäische Parlament hat bei der Finanzierung der Gemeinschaftsaktivitäten immer wieder politische Prioritäten gegenüber dem Ministerrat gesetzt. Allerdings bezieht sich dies bislang auf die sogenannten „nicht obligatorischen“ Ausgaben, die inzwischen etwa die Hälfte sämtlicher Aufwendungen ausmachen, deren Anteil früher jedoch geringer war. Das Parlament will die künstliche Trennung zwischen „obligatorischen Ausgaben“ — zu denen vor allem die Aufwendungen für die Agrarpolitik gehören — und „nicht-obligatorischen Ausgaben“ beseitigen, um künftig tatsächlich über alle Ausgabenposten entscheiden zu können.



## ● Was noch fehlt...

Mit den Bestimmungen des Maastricht-Vertrags wird der Forderungskatalog des Europäischen Parlaments allerdings noch längst nicht voll erfüllt. Wesentliche Ziele sind und bleiben:

- die volle Mitentscheidung bei sämtlichen Gemeinschaftsaktivitäten, d.h. in der gesamten Gesetzgebung;
- das volle Haushaltsrecht auch auf der Einnahmen-Seite;
- das Zustimmungsrecht bei Vertragsänderungen.

## ● Subsidiaritätsprinzip

Seit dem EG-Gipfeltreffen von Maastricht steht in der öffentlichen Diskussion in der Europäischen Gemeinschaft über mehr Demokratie und Bürgernähe der Begriff „Subsidiaritätsprinzip“ mit im Vordergrund. Dahinter steckt die Vorstellung, daß die Entscheidungen auf der jeweils zuständigen und verantwortlichen Ebene getroffen werden. Das bedeutet im EG-Kontext: die Gemeinschaftsorgane sollen in den verschiedenen Bereichen nur dann tätig werden und beschließen, wenn die Einzelstaaten oder Regionen dazu nicht in der Lage sind. Die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips im politischen Alltagsgeschäft bedarf allerdings der detaillierten, präzisen Klärung.

## ● Vereinbarungen zwischen Ministerrat, Kommission und Parlament

Für die genannten wichtigen Bereiche der Ausgestaltung der jährlichen EG-Budgets und der mittelfristigen Finanzplanung bis Ende dieses Jahrzehnts sowie für all das, was unter den Stichpunkten „mehr Demokratie, volle Transparenz und Sub-

sidiaritätsprinzip“ derzeit erörtert und verhandelt wird, sind neue sogenannte „inter-institutionelle Abkommen“ erforderlich, d.h. Vereinbarungen zwischen dem Ministerrat, der Kommission und dem Europäischen Parlament. Damit wird das Gewicht unseres Parlaments nachdrücklich gestärkt.

## ● Maastricht-Vertrag lediglich ein Zwischenschritt — gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nötig

Der Vertrag von Maastricht enthält den präzisen Fahrplan zur Wirtschafts- und Währungsunion. Deren dritte Stufe soll als Endphase 1997 oder spätestens 1999 mit denjenigen Mitgliedstaaten beginnen, die dann in der Lage sind, die festgelegten strengen wirtschafts- und finanzpolitischen Voraussetzungen zu erfüllen.

Maastricht bietet zudem die Ansätze zur Gestaltung einer gemeinschaftlichen Außen- und Sicherheitspolitik als unverzichtbarem Bestandteil der geplanten Europäischen Union. Daß die Kompetenzübertragung in diesem wichtigen Feld besonders schwer fällt, ist offensichtlich. Eine abgestimmte Politik auf der Grundlage der bisherigen, seit Anfang der 70er Jahre praktizierten „Europäischen Politischen Zusammenarbeit“ (EPZ) erweist sich jedoch zunehmend als unzureichend.

Das zeigt sich überdeutlich im Fall des Balkan-Krieges. Wer in dieser Hinsicht eine Handlungsunfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft beklagt und harte Kritik übt, sollte den wahren Grund sehen: Die EG verfügt bislang nicht über die nötigen Instrumente für eine wirklich gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Deshalb müssen wir mit aller Kraft auf die im Maastricht-Vertrag vorgezeichneten Ziele zusteuern.



## Stadtführer „Europa in Hamburg“

Stadtführer als Buch oder Broschüre gibt es in Hülle und Fülle. Aber jetzt kommt ein ganz besonderer.

CDU-Landesgeschäftsführer Wulf Brocke hatte die Idee. Der Europa-Abgeordnete Georg Jarzembowski nahm sie auf. Beide entwickelten den Stadtführer „Europa in Hamburg“.

Er soll zeigen, wie europäisch die Metropole an der Elbe bereits ist. Wie? Indem er Anschriften und Angebote aus den EG-Ländern in Hamburg nennt. Hunderte von Adressen hat Georg Jarzembowski bereits angeschrieben. Laufend kommen Fragebo-

gen zurück. Anzeigen werden von Restaurants und Läden geschaltet. Brocke und Jarzembowski hoffen, das Heft noch vor dem Jahresende herausbringen zu können.

**Wer mehr darüber wissen will, wendet sich an das Büro des Europa-Abgeordneten (Poststraße 11, 20354 Hamburg, Telefon-Nr. (0 40) 3681/2272 oder 2472) oder an Wulf Brocke (Leinpfad 74, 22299 Hamburg, Telefon-Nr. (0 40) 460 10 11).**

**Der Titel wird übrigens für alle deutschen Städte und Länder geschützt.**

### ● EG-Erweiterung — Beitrittsverhandlungen

Nachdem beim EG-Gipfeltreffen in Edinburgh im Dezember 1992 „grünes Licht“ für die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen gegeben wurde, ist in der Außenministerberatung am 1. Februar 1993 der Startschuß für die Beitrittskandidaten Österreich, Schweden und Finnland gefallen. Mit Norwegen erfolgte die Aufnahme der Verhandlungen am 5. April 1993. Auch mit Malta könnte man in absehbarer Zeit Beitrittsgespräche beginnen.

Der Vertrag von Maastricht stellt auch im Hinblick auf die geplante neue Erweiterung unserer Gemeinschaft den Dreh- und Angelpunkt dar.

Das Europäische Parlament hat von Anfang an die Übernahme dieses Vertrags über die Europäische Union mit sämtlichen Zielsetzungen zur Grundbedingung für die EG-Mitgliedschaft erklärt. Außerdem müssen neue Mitgliedstaaten den bisherigen gemeinschaftli-

chen Besitzstand („acquis communautaire“), also das gesamte bisherige Gesetzeswerk, vollständig akzeptieren. Die genannten Beitrittskandidaten haben dazu ihre verbindliche Zusage gegeben.

### ● Neue EG-Erweiterung 1995 denkbar

Die derzeitige Ratspräsidentschaft will bis zur Jahresmitte für einen zügigen Verlauf der Beitrittsverhandlungen sorgen. Es sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, damit diese neue EG-Erweiterung um vier oder fünf Länder Mitte dieses Jahrzehnts Wirklichkeit werden kann. Dieser Zeitplan entspricht auch den Vorstellungen der Mehrheit des Europäischen Parlaments. Wir sehen die genannten Beitrittskandidaten als Bereicherung und Stärkung der Europäischen Gemeinschaft — sofern eine Reihe von Voraussetzungen erfüllt werden und die vom Parlament mehrfach geforderten Fortschritte, insbesondere hinsichtlich einer umfassenden Demokratisierung der Gemeinschaft, erzielt werden. ■



## Asylbewerberleistungsgesetz

# Sachleistungen erhalten Vorrang gegenüber Geldleistungen

Am 1. November ist das Gesetz zur Neuregelung der Leistungen an Asylbewerber (Asylbewerberleistungsgesetz) in Kraft getreten. Das Leistungsrecht für Asylbewerber und geduldete Ausländer wird damit aus dem Bundessozialhilfegesetz herausgelöst. Die Leistungen werden auf das zur Deckung der Grundbedürfnisse notwendige Maß begrenzt.

Nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten Sachleistungen den unbedingten Vorrang gegenüber Geldleistungen. Dadurch abgedeckt wird der notwendige Bedarf an Ernährung, Unterkunft, Heizung, Kleidung, Hausrat, Gesundheits- und Körperpflege. Für die Bezahlung notwendiger Dinge des täglichen Lebens wird den Asylbewerbern ein Barbetrag zur Verfügung gestellt. Dieser beträgt für Personen bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres 40,— DM, von Beginn des 15. Lebensjahres an 80,— DM.

Von dem Sachleistungsprinzip kann nur abgewichen werden, wenn Leistungsberichtigte außerhalb von zentralen Aufnahmeeinrichtungen untergebracht sind und die besonderen Umstände es erforderlich machen. In diesen Ausnahmefällen können die zuständigen Behörden Wertgutscheine oder Geldleistungen gewähren. Der Wert beträgt

- für den Haushaltsvorstand 360,— DM,
- für Haushaltsangehörige bis zur Vollendung des siebten Lebensjahres 220,— DM,
- für Haushaltsangehörige von Beginn

des achten Lebensjahres an 310,— DM monatlich.

Hinzu kommen die notwendigen Kosten für Unterkunft und Heizung sowie die genannten Barbeträge von 40,— DM bzw. 80,— DM. Die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind auf zwölf Monate begrenzt. Wenn dann noch nicht über den Asylantrag entschieden ist, werden Leistungen entsprechend den Bestimmungen des Bundessozialhilfegesetzes gewährt. Dasselbe gilt für geduldete Ausländer, die aus Gründen

**Gesetz zur Neuregelung der Leistungen an Asylbewerber ist am 1. November 1993 in Kraft getreten**

hierbleiben müssen, die sie nicht zu vertreten haben.

Die Bundesministerin für Familie und Senioren, Hannelore Rönsch, appelliert an die Länder und Kommunen, die Bestimmungen des Asylbewerberleistungsgesetzes konsequent in der Praxis umzusetzen. „Die Regelung gewährleistet, daß Asylbewerber in der Zeit, in der sie sich hier aufhalten, eine ausreichende Existenzsicherung haben. Die Begrenzung der Leistungen auf das Notwendige sowie das Sachleistungsprinzip tragen dazu bei, daß die Anziehungskraft der Bundesrepublik für Flüchtlinge ohne politische, rassische oder religiöse Verfolgung vermindert wird“, erklärt Frau Rönsch.



Generalsekretär Peter Hintze:

## 4-Tage-Woche darf nicht die generelle Antwort auf die Standortfrage sein

Generalsekretär Peter Hintze hat sich am 2. November beim Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, aus erster Hand über die Situation des Arbeitsmarktes informiert. Das ist der erste Besuch eines CDU-Generalsekretärs bei der Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg.

Hintze: „Die Überwindung der Arbeitslosigkeit, die Sicherheit für die Arbeitsplätze und eine auf Wachstum zielende Wirtschaftspolitik sind für die CDU die vorrangigen Aufgaben der Politik.

Gewerkschaften und Arbeitgeber dürfen sich neuen Antworten auf die schwierige Arbeitsmarktsituation nicht verschließen, sondern müssen ihren Beitrag dazu leisten, schon bald wieder mehr zukunftssichere Arbeitsplätze in Deutschland zu schaffen.

Die 4-Tage-Woche kann dabei nicht die generelle Antwort auf die Standortfrage sein. Arbeitszeitverkürzung kann nur die Antwort auf eine spezielle Situation, nicht aber auf die generelle Problematik sein. Wir dürfen uns nicht damit abfin-

den, weitere Anteile am Weltmarkt abzugeben. Wir müssen vielmehr durch konsequente Produktivitätssteigerung und massive Innovationsbemühungen die traditionellen Industrien stärken. In zukunftsträchtigen Branchen müssen wir darüber hinaus neue Marktanteile erobern.

Dies gilt etwa für die Telekommunikation, die Verkehrstechnik, für den Bereich der neuen Werkstoffe, für Umweltschutztechnologien und für Biotechnologien. Im Bereich des öffentlichen Dienstes und der privaten Dienstleistungen ist eine Arbeitszeitverkürzung jedoch völlig ausgeschlossen.

Zur Überwindung der Durststrecke am Arbeitsmarkt sollten auch in den alten Ländern Arbeitsverhältnisse verstärkt mit Lohnkostenzuschüssen gefördert werden. In Ostdeutschland werden damit im nächsten Jahr 85.000 Arbeitslosen in den Bereichen Umweltschutz, Jugendhilfe und soziale Dienste eine Beschäftigung angeboten. Ich werde mich für eine derartige produktive Nutzung des Arbeitslosengeldes auch in den alten Bundesländern einsetzen.“

### Mehrheit fürchtet organisierte Kriminalität

Die meisten Deutschen sehen das organisierte Verbrechen als Bedrohung für Staat und Gesellschaft. Diese Sorge äußerten 79 Prozent von 1.017 Bundesbürgern in einer Umfrage des Forsa-Instituts. Mehr als drei Viertel der Befragten glaubt laut Umfrage auch, daß die Polizei im Kampf gegen die Organisationen überfordert sei. Als erfolgversprechende Maßnahmen gegen die Kriminalität nannten die Bürger schärfere Kontrollen, Haftstrafen und Grenzkontrollen sowie den Einsatz verdeckter Ermittler.



## Gespielte Empörung

„Parlamentarisches Theater“ hat der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jürgen Rüttgers, den Versuch der SPD-Fraktion genannt, mit einer „Aktuellen Stunde“ im Bundestag und einer Postkarten-Aktion ein aus dem Zusammenhang gerissenes Wort des Bundeskanzlers für eine großangelegte Kampagne zu nutzen.

In seiner Regierungserklärung zur Zukunftssicherung des Standortes Deutschland am 21. Oktober hatte der Bundeskanzler gesagt:

*Immer kürzere Arbeitszeit bei steigenden Lohnkosten, immer mehr Urlaub: Das ist keine Voraussetzung für eine Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Wir haben in Deutschland im Durchschnitt sechs Wochen Urlaub und zwölf Feiertage pro Jahr. Bei der wöchentlichen Arbeitszeit liegen wir gleichzeitig mit durchschnittlich 37,5 Stunden niedriger als alle unsere Konkurrenten. Dennoch scheint es für viele nichts Wichtigeres zu geben, als über mehr Freizeit nachzudenken. Wir können die Zukunft nicht dadurch sichern, daß wir unser Land als einen kollektiven Freizeitpark organisieren.*

## Wenn wir weiterhin Spitze bleiben wollen

Führende Wirtschaftsnation — so der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU — sei Deutschland nach wie vor deshalb, weil die Menschen in diesem Lande leistungsbereit und leistungsfähig sind. Die aktuelle Lage aber zeige:

„Wenn wir Spitze bleiben wollen, können wir uns nicht auf unseren Lorbeeren ausruhen. Das ist die Mahnung, die der Kanzler ausgesprochen hat.“

Die SPD habe mit ihrer gespielten Empörung eine Inszenierung auf dem Rücken der Menschen versucht, die um ihren Arbeitsplatz bangen oder arbeitslos seien.

Rüttgers: „Nicht die SPD, sondern Helmut Kohl hat dagegen die ökonomischen Sachzwänge herausgestellt und auf eine griffige Formel gebracht. Denn Arbeitsplätze werden nicht gesichert oder geschaffen, wenn uns Urlaub, Freizeit

## SPD-Wirtschaftspolitik inzwischen beim Postkartenformat angekommen

In ihrer großen wirtschaftspolitischen Ratlosigkeit versucht sich die SPD jetzt per Postkarte zu retten. Daß sie dabei nicht davor zurückscheut, das Schicksal von arbeitslosen Menschen für ihre propagandistischen Zwecke zu mißbrauchen, ist traurig. Hierfür sollte sich Herr Dreßler entschuldigen. Der richtige Sachverhalt ist in der Regierungserklärung vom 21. Oktober 1993 nachzulesen.

und Müßiggang wichtiger sind als Fleiß und Leistungsbereitschaft.“

Das Kanzlerwort schmecke aber offenbar manchen Leuten nicht, weil es bittere Wahrheit enthalte, meinte Rüttgers. Dazu gehöre auch, daß der Staat nicht nur Präsente verteilen könne. „Die SPD suggeriert mit ihrer Umverteilungsideologie den Menschen zwar ein anderes Bild. Aber das ist ein Bild des Selbstbetrugs. Wir können nur ausgeben, was wir auch erwirtschaften. Die Schlange im Arbeitsamt wird länger, wenn wir über unsere Verhältnisse leben und der Sozialstaat pleite geht.“



## CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

# Meinungsbildung zum Ladenschluß

**Eine Arbeitsgruppe der CDU/CSU-Fraktion prüft zur Zeit, ob und in welcher Weise das Ladenschlußgesetz gelockert werden soll.**

Bis Januar 1994 wird die Arbeitsgruppe untersuchen, welche Konsequenzen aus der von Berlin initiierten Bundesratsinitiative und aus dem jüngsten Urteil des Bundesverwaltungsgerichts über die Zulässigkeit des Verkaufs von Reisebedarf an Tankstellen nach Ladenschluß zu ziehen sind.

Die mehrheitlich im Bundesrat verabschiedete Berliner Gesetzesinitiative sieht vor, daß die werktäglichen Ladenschlußzeiten nicht mehr für Verkaufsstellen gelten sollen, die während dieser Zeiten keine Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigen. Geschäfte, in denen die Inhaber selbst als Verkäufer tätig sind, können dann an Werktagen über den gesetzlichen Ladenschluß hinaus geöffnet sein.

Verkaufsstellen, die in Kur-, Ausflugs-, Erholungs- und Wallfahrtsorten an bis zu 40 Wochenenden zu besonderen Zeiten geöffnet sein dürfen, sollen zu diesen Zei-

ten ein breiteres Warenangebot führen dürfen. Gedacht ist hierbei z. B. an Lebensmittel, Getränke aller Art, Fotobedarf sowie an Sport- und Geschenkartikel. Der Arbeitsschutz der im Einzelhandel Beschäftigten bleibt davon unberührt.

Am 26. Oktober 1993 hat das Bundesverwaltungsgericht entschieden, daß nach Ladenschluß an Tankstellen auch Reisebedarf — wie beispielsweise nicht-alkoholische Getränke, Süßwaren und Zeitungen — verkauft werden darf. Nach Ansicht des Gerichts berührt diese Regelung nicht den Schutz des Arbeitnehmers, da Angestellte von Tankstellen während der allgemeinen Ladenschlußzeiten ohnehin tätig seien. Darüber hinaus werde nach Auffassung der Richter die Wettbewerbsneutralität ebenfalls nicht oder allenfalls unwesentlich zu Lasten anderer Einzelhändler beeinträchtigt.

Bereits im Sommer dieses Jahres hatte Generalsekretär Peter Hintze angeregt, die Ladenschlußbestimmungen aus den fünfziger Jahren zu ändern. Die bestehenden Regelungen seien arbeitnehmer- und familienfeindlich, sie paßten nicht mehr in die moderne Industrielandschaft.

**ZAHL DER DROGENTOTEN RÜCKLÄUFIG.** Bei einem Rückgang von 21,3 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres sind in den ersten neun Monaten dieses Jahres in der Bundesrepublik 1.182 Menschen an den Folgen des Drogenmißbrauchs gestorben. Gleichzeitig ging auch die Gesamtzahl der erstmals polizeilich registrierten Konsumenten harter Drogen leicht zurück. Die vielfachen intensiven öffentlichen Aufklärungs- und Vorbeugungskampagnen gegen den Drogenmißbrauch sowie die zusätzlichen Therapieangebote haben nach den Worten des Drogenbeauftragten der Bundesregierung, Eduard Lintner, ihre Wirkung nicht verfehlt. Dennoch müsse mit großer Sorge der Anstieg der Erstkonsumenten von Rauschgiften beobachtet werden.



# Das Grundbuch auf der Festplatte

**Zur Beratung des Entwurfs eines Registerverfahrensbeschleunigungsgesetzes im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages erklärte der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Geis:**

Die nächste Generation der Deutschen wird das Grundbuch in seiner herkömmlichen altehrwürdigen Form nur noch als Gegenstand der Geschichtsbetrachtung kennen.

Hinter dem Begriffsungetüm „Registerverfahrensbeschleunigungsgesetz“ verbirgt sich eine kleine Revolution in den Grundbuchämtern: Statt mehr oder weniger staubiger Grundakten und der Eintragungen von Hand in die verschiedenen Abteilungen des Grundbuchs, besonders in älteren Blättern von fast kalligraphischem Wert, werden Bildschirme, Festplatten und Disketten und andere Insignien des Computer-Zeitalters Einzug halten. Dasselbe gilt für das Handels- und Genossenschaftsregister.

Ziel der Regelung ist es, den Ländern die Einführung der EDV-gestützten Grundbücher und Register zu ermöglichen.

Für die „Benutzer“ des Grundbuchs, d.h. für die Bürger bedeutet dies eine Vereinfachung sowohl bei der Einsichtnahme in

das Grundbuch als auch bei dem Vollzug von Eintragungen. Auch die Notare profitieren von der technischen Neuerung. Sie können zumindest landesweit bei entsprechender Vernetzung Einsicht in die Grundbücher nehmen, die sie zur Regelung der Angelegenheiten ihrer Mandanten benötigen.

Für die Amtsgerichte als Grundbuchämter bedeutet die Modernisierung die Einsparung von Personal, welches sie an anderer Stelle dringend benötigen.

Selbstverständlich ist, daß datenschutzrechtliche Bestimmungen sicherstellen, daß nach sie vor die Einsicht in das Grundbuch nur bei einem berechtigten Interesse möglich ist.

Wie alle insbesondere technischen Neuerungen erfolgt die Umstellung des Grundbuchwesens und der Register auf die Systeme der elektronischen Datenverarbeitung nicht zum Nulltarif. Die Kosten für den einzelnen werden sich jedoch in Grenzen halten.

Der Gesetzentwurf ist zumindest in seinem technischen Teil grundsätzlich nicht umstritten. Er ist ein Schritt auf dem Wege dazu, die in vielen Bereichen technisch hoffnungslos veraltete Justiz auf einen modernen Stand zu bringen.

## Duales System: Auf- oder Abstieg vom Müllberg

**Z**u diesem Thema veranstaltet die Junge Union Deutschlands vom 13. bis 14. November in der Karl-Arnold-Bildungsstätte in Bonn-Bad Godesberg einen Fachkongreß.

Das einleitende Referat wird am Freitag um 20.00 Uhr Bundesumweltminister Klaus Töpfer über die „Kreislaufwirtschaft als Einstieg in die ökologi-

sche Marktwirtschaft“ halten. Drei Workshops am Sonntag sind zu den Themen „Öko-Bilanzen“, „Abfall aus kommunaler Sicht“ und „Restmüllbehandlung“ vorgesehen.

„Der Grüne Punkt — das Gelbe vom Ei?“ ist die Frage, die am Nachmittag in einer Podiumsdiskussion geklärt werden soll.



# Über zwei Milliarden Mark für die Kriegsofferfürsorge im Jahr 1992

Nach einer Mitteilung des Statistischen Bundesamtes wurden 1992 in Deutschland für Leistungen der Kriegsofferfürsorge an Kriegsbeschädigte, Wehr- und Zivildienstbeschädigte sowie ihre Hinterbliebenen einschließlich der sich im Ausland aufhaltenden leistungsberechtigten Personen insgesamt 2,15 Milliarden Mark ausgegeben.

Im Zusammenhang mit der Hilfestellung hatten die Träger der Kriegsofferfürsorge Einnahmen in Höhe von 522 Millionen Mark; damit beliefen sich die reinen Ausgaben auf 1,63 Milliarden Mark.

Unter den Hilfearten, die im Rahmen der Kriegsofferfürsorge gewährt werden, erforderten die Leistungen für Hilfe zur Pflege mit 1,49 Milliarden Mark den höchsten Anteil an den Bruttoausgaben (fast 70 Prozent). Außerdem wurden 265 Millionen Mark (12 Prozent) für Hilfen in besonderen Lebenslagen ausgegeben, zu denen u.a. Eingliederungshilfe für Behinderte und vorbeugende Gesundheitshilfe gehören; ferner 209 Millionen Mark (9,7 Prozent) für ergänzende Hilfe zum

Lebensunterhalt sowie 99 Millionen Mark für Erholungshilfe. Die verbleibenden 91 Millionen Mark verteilen sich auf Erziehungsbeihilfe und Altenhilfe mit je 22 Millionen Mark, Hilfen zur beruflichen Rehabilitation mit 17 Millionen Mark, Hilfen zur Weiterführung des Haushalts mit 16 Millionen Mark sowie Krankenhilfe mit 12 Millionen Mark und Wohnungshilfe mit 2 Millionen Mark.

Von den Gesamtausgaben entfielen auf die alten Länder 2,11 Milliarden Mark (98,1 Prozent), auf die neuen Länder und Berlin-Ost lediglich 42 Millionen Mark (1,9 Prozent), da hier die Kriegsofferfürsorgestellen teilweise erst noch eingerichtet werden mußten. Immerhin haben die Leistungen hier im Vergleich zum Vorjahr bereits den siebenfachen Umfang erreicht.

In den alten Ländern sind die Ausgaben im Vergleich zu 1991 um 8,6 gestiegen. Dieser Wert lag geringfügig unter den Steigerungsraten der beiden vorausgegangenen Jahre (9,5 bzw. 9 Prozent). Die Ausgabenzunahme des Jahres 1992 (167 Millionen Mark) geht wiederum überwiegend auf das Konto der Hilfe zur Pflege (+ 157 Millionen Mark). ■

## Den Bürgern Heimat geben

Unter diesem Motto veranstaltet die Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU am 11./12. November im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn Bundesvertreterversammlung und Kommunalkongreß. Auf dem Programm am Freitag stehen u. a. die Rede des Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl, und eine

Rede der Bundesfamilienministerin Hannelore Rönch über „Sozialpolitik der Zukunft“.

Am Donnerstag spricht der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen, Joachim Grünewald, zu dem wichtigen Thema „Bundespolitik und Kommunalfinanz“.



# Embryonenschutz bei uns gesichert

**Der Schutz von Embryonen ist in der Bundesrepublik Deutschland ausreichend gesichert. Das „Klonen“, d.h. das Kopieren menschlicher Embryonen, ist durch das Embryonenschutzgesetz aus dem Jahre 1990 unter Strafe gestellt.**

Paragraph 6 des Embryonenschutzgesetzes schreibt vor, daß derjenige, der bewirkt, daß ein menschlicher Embryo mit der gleichen Erbinformation wie ein anderer Embryo entsteht, mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit einer hohen Geldstrafe bestraft wird.

Damit hat die Bundesregierung rechtzeitig formuliert, was für uns auf diesem sensiblen und schwer kontrollierbaren Feld machbar bzw. vor allem aber nicht hinnehmbar ist. Denn: Nicht alles, was in Forscherlabors produziert werden kann, ist damit auch ethisch vertretbar! Aufgabe der Politik ist es hier, der Forschung die Richtung zu weisen und dabei vor allem die notwendigen Grenzen zu setzen. Das ist mit dem Embryonenschutzgesetz bereits frühzeitig erfolgt.

## Horrorvision

Denn: Kopierbare Embryonen, d. h. beliebig reproduzierbare Menschen eines gewünschten Types, wären eine Horrorvision, die wir zwar aus Science-Fiction-Filmen kennen, deren Realisierung es aber mit allen Mitteln zu verhindern gilt. Die Einzigartigkeit des Menschen als eines Geschöpfes, d. h. die menschliche Individualität als gewachsenes und tragendes Element unserer Zivilisation und Kultur, stünde bei einer derartigen Entwicklung auf dem Spiel.

Es ist also geboten, derartige Experimente im Ausland mit größter Aufmerk-

samkeit zu verfolgen und dafür Sorge zu tragen, daß unsere Strafrechtsbestimmungen zum Schutz der Embryonen mit Akribie und Nachdruck überwacht und durchgesetzt werden.

## Rechtsunsicherheit

Ungelöst ist allerdings das Problem, daß weder in Europa und schon gar nicht im sonstigen Ausland einheitliche rechtliche Vorgaben zum Schutz von Embryonen bestehen. Die Bemühungen des Europa-

**Von Paul Hoffacker, gesundheitspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion**

rates, hier zu einer europäischen Lösung zu kommen, sind daher nachhaltig zu unterstützen. Zumindest für den europäischen Kulturkreis muß erreicht werden, daß derartige Experimente an den Grundlagen der menschlichen Schöpfung verhindert werden.

## Stichwort: Klonen

Wenn durch Teilung einer einzigen Zelle völlig identische Nachkommen erzeugt werden, sprechen Wissenschaftler vom „Klonen“. Alle Individuen haben dann genau die gleichen Erbanlagen. Das muß keineswegs immer auf künstlichem Wege geschehen. Auch wenn eineiige Zwillinge entstehen, handelt es sich um Klone. Künstlich läßt sich ein Klon („Schöbbling“) zum Beispiel durch die Übertragung eines Zellkerns in eine kernlose Zelle erzeugen.



## Gemeinsame Verfassungskommission

# Stabilität und Kontinuität werden im Grunde nicht angetastet

Die Gemeinsame Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat hat am 28. Oktober ihren Abschlußbericht vorgelegt. Dazu erklärte der verfassungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Friedrich-Adolf Jahn:

Der verfassungspolitische Ertrag der Gemeinsamen Verfassungskommission (GVK) von Bundestag und Bundesrat kann nicht allein beurteilt werden nach der Zahl der Änderungsvorschläge, auf die sich die Kommission jeweils geeinigt hat. Wesentliches Ergebnis unserer Arbeit ist vielmehr die grundsätzliche Bestätigung des geltenden Verfassungsrechts.

Die Kommission hat die Mehrzahl der Vorschriften des Grundgesetzes einer eingehenden inhaltlichen Überprüfung unterzogen. Die ganz überwiegende Zahl der überprüften Vorschriften hat diese Prüfung bestanden und bleibt unverändert. Die Verfassung insgesamt ist damit gekräftigt aus den Beratungen der Gemeinsamen Verfassungskommission hervorgegangen.

Es muß als ebenso konstruktive verfassungspolitische Leistung gelten, eine gute Verfassung zu bewahren wie eine gute Verfassung mit allen Risiken zu ändern.

Das Gesamtergebnis der Gemeinsamen Verfassungskommission bestätigt damit den Ausgangspunkt der Union, daß sich das Grundgesetz als Verfassung für die Bundesrepublik Deutschland in den über 40 Jahren seines Bestehens bewährt habe. Nie gab es auf deutschem Boden eine

freiheitlichere Verfassung und eine rechtsstaatlichere Ordnung.

Von daher bestand für die Union von Anfang an kein Anlaß für eine Totalrevision des Grundgesetzes oder gar für die Schaffung einer neuen Verfassung.

In den Beratungen der Gemeinsamen Verfassungskommission haben wir von Anfang an klargestellt, daß das Grundgesetz keinerlei demokratischem Legitimationsdefizit unterliegt.

Das Grundgesetz ist bei seiner Entstehung im Wege der Annahme durch die Volksvertretungen der beteiligten deutschen Länder hinreichend demokratisch

**Noch nie hat es auf deutschem Boden eine freiheitlichere Verfassung gegeben.**

legitimiert worden. Durch ihren Beitritt zum Grundgesetz, entschieden durch das erste freigewählte Parlament der ehemaligen DDR, machten die Bürger der ehemaligen DDR diese Verfassung zu der ihren. Damit ist das Grundgesetz auch als gesamtdeutsche Verfassung hinreichend legitimiert.

Schwerpunkt der ersten Monate der Arbeit der GVK und möglicherweise auch wichtigstes verfassungspolitisches Ergebnis waren die Vorschläge für eine verfassungsrechtliche Absicherung des europäischen Integrationsprozesses auf der Grundlage des Maastricht-Vertrages. Zu nennen ist hier vor allem der neue Europa-Artikel 23 GG, der das Staatsziel



Europa konkretisiert und den politischen Einigungsprozeß zur „Europäischen Union“ auf eine eigenständige verfassungsrechtliche Grundlage stellt. Wir haben damit dem qualitativen Sprung Rechnung getragen, den die Europäische Union durch den Vertrag von Maastricht getan hat.

## Föderalismus stärken

Ursprünglich bestand die Auffassung, zur verfassungsrechtlichen Absicherung von Maastricht genügte punktuelle Grundgesetzergänzungen im Bereich von Art. 28 (Kommunalwahlrecht für EG-Bürger) und Art. 88 (Befugnisse der Deutschen Bundesbank). Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 12. Oktober d.J. zu Maastricht zeigt, wie gut die GVK beraten war, es nicht bei solchen punktuellen Änderungen zu belassen, sondern den europäischen Integrationsprozeß auf eine grundsätzlich neue verfassungsrechtliche Basis zu stellen. Ohne den neuen Art. 23 GG wäre das Maastricht-Urteil wohl anders — und zwar zu Lasten Europas — ausgegangen.

Ein weiterer Schwerpunkt lag in der Überprüfung der Gesetzgebungskompetenzen. Die Reformüberlegungen standen unter dem Motto einer Stärkung des Föderalismus.

Wichtig ist ferner die Ergänzung von Art. 28 Abs. 2 GG, wonach die Gewährleistung der kommunalen Selbstverwaltung auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung umfaßt. Wir haben damit auf bundesstaatlicher Ebene ein deutliches Zeichen zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und zum Erhalt der Handlungsfähigkeit der Kommunen gesetzt.

In langwierigen Verhandlungen haben wir uns auf eine Ergänzung des Gleichberechtigungsgrundsatzes in Art. 3 Abs. 2

GG geeinigt. Das Grundgesetz soll um folgenden Satz ergänzt werden:

„Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Mit dieser Formulierung wird einem aktuellen verfassungspolitischen Anliegen, insbesondere der Frauen, Rechnung getragen.

Wir haben abgelehnt, den besonderen Schutz des Art. 6 Abs. 1 GG auf nichteheliche Lebensgemeinschaften zu erstrecken. Ehe und Familie sind vom Staat besonders zu fördern. Darin liegt keine Diskriminierung anderer Lebensformen. Wer in anderen Lebensgemeinschaften leben möchte, hat dazu in unserem Staat umfassende Freiheiten. Art. 2 Abs. 1 GG gewährleistet das Leben in solchen Lebensgemeinschaften.

Im Ergebnis haben wir die Grundentscheidung des Parlamentarischen Rates für ein streng parlamentarisches Entscheidungssystem erneut bestätigt. Dieses System der repräsentativen Demokratie hat uns über mehr als vier Jahrzehnte demokratische Stabilität gewährleistet. Eine Ergänzung der parlamentarischen Entscheidungsform durch Plebiszite hätte die Gefahr einer schleichenden Abwertung des Parlaments in sich geborgen. Wir haben uns aber auch deshalb gegen plebiszitäre Entscheidungsformen entschieden, weil sie die Gefahr der Emotionalisierung und Entrationalisierung des politischen Entscheidungsprozesses begründen.

## Realistische Staatsziele

Wir haben es ferner abgelehnt, soziale Staatszielbestimmungen — Recht auf Wohnung, Recht auf Arbeit — in die Verfassung hineinzuschreiben. Denn das Festschreiben solcher Staatsziele oder



## Aufbrechen veralteter Strukturen unerlässlich

**Zum neuen Arbeitszeitmodell von VW erklärte der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Kurt Faltlhauser:**

Den großen wirtschaftlichen Belastungen, die aus einem Zusammentreffen von konjunkturellen und strukturellen Schwächen derzeit nicht nur in Deutschland erwachsen, kann nicht mit alten Rezepten begegnet werden.

Mit dem neuen Arbeitszeitmodell von VW kommt Bewegung in die Diskussion um die Sicherung von Arbeitsplätzen durch moderate Lohnforderungen. Das Modell ist sicher eine Möglichkeit, um die nötige Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen. Vor dem Hintergrund einer in den

letzten Jahren erheblich angewachsenen Differenz zwischen Produktivität und Lohn ist sowohl bei den Arbeitgebern als auch bei den Arbeitnehmern die Bereitschaft gefordert, von alten Denkschemen abzuweichen, um die Beschäftigung einer möglichst großen Zahl von Arbeitnehmern zu sichern.

Für die langfristige Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen ist allerdings der Markterfolg der Produkte entscheidend. Es darf daher nicht einseitig nach Möglichkeiten gesucht werden, die Beschäftigung über eine Senkung der Arbeitskosten zu sichern. Vielmehr muß eine defensive Strategie der Verteilung vorhandener Arbeit von der aktiven Suche nach neuen Märkten und Produkten begleitet werden.

solcher Staatsverpflichtungen bedeutet, daß bei den Menschen Erwartungen geweckt werden, die der Staat gar nicht erfüllen kann. Im Rahmen der geltenden Rechts- und Wirtschaftsordnung kann der Staat allenfalls mittelbaren Einfluß auf den Arbeits- und Wohnungsmarkt nehmen.

## Feste Rahmenbedingungen

Als Resümee der Beratungen der GVK kann festgestellt werden: Das Grundgesetz wird als Ganzes bestätigt, seine Stabilität und Kontinuität werden im Grunde nicht angetastet. Sie sind aber auch nötig angesichts der Turbulenzen, die der Prozeß der inneren Wiedervereinigung und der Prozeß der europäischen Integration auslösen. Wo vieles in Bewegung gerät, sollten wenigstens die rechtlichen Rahmenbedingungen des staatlichen Handelns feststehen. ■

## Asylbewerber im September

**Mit 16.681 Asylbewerbern hat das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge im September einen leichten Anstieg registriert.**

Dieser Anstieg ist zu einem großen Teil darauf zurückzuführen, daß verstärkt Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien Asylanträge gestellt haben.

Im Zeitraum von Januar bis September haben nunmehr insgesamt 275.853 Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland um Asyl nachgesucht. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum bedeutet dies einen Rückgang von 43.821 Personen.



# SPD lehnt Kernspaltung ab, ist aber selbst im Kern gespalten

**Zum Scheitern der Energiekonsensgespräche erklärten der forschungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Lenzer, und der energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Heinz Seesing:**

Mit ihrer Verweigerungshaltung zur friedlichen Nutzung der Kernenergie blockiert die SPD in unverantwortlicher Weise den technischen Fortschritt bei einer Hochtechnologie. Deutschland, das mit die sichersten Kernkraftwerke weltweit in Betrieb hat, soll nunmehr auch noch aus der Kernenergieforschung aussteigen. Die Entwicklung neuer, fortgeschrittener Kernreaktoren wird von Teilen der SPD aus ideologischen Gründen und/oder aus Sachkenntnis blockiert. Damit entsteht ein technologischer Fadenriß in Deutschland! Der Strom kommt halt aus der Steckdose, auch wenn er aus einem französischen Atomkraftwerk stammt.

Auch die SPD müßte sich doch langsam zu der Erkenntnis durchgerungen haben, daß die Welt nicht eine ideale, sondern eine reale ist: Kernreaktoren gibt es und wird es weltweit geben; das Ausland wird sich nicht von Deutschland vorschreiben lassen, ob es die Kernenergie weiterhin nutzt. Bestes Beispiel sind die maroden Reaktoren im Osten Europas und die jüngste Entscheidung des ukrainischen Parlaments, die Kernkraft auszubauen. Kann es hier verantwortet werden, daß das High-Tech-Land Deutschland, das mit seiner Forschung viel zur Verbesserung der Sicherheit der Kernkraftwerke auch künftig beitragen kann, aussteigt? Genau dieses wäre unverantwortbar! Es nützt nichts, die edle Vorreiterrolle ein-

nehmen zu wollen, wenn keiner hinterherreitet — und letzteres ist auf breiter Flur nicht der Fall. Das gescheiterte schwedische Beispiel beweist dies nachhaltig.

Die SPD sollte den Mut haben, sich zur friedlichen Nutzung der Kernenergie und der Kernenergieforschung zu bekennen und mit dazu beizutragen, daß Deutschland durch innovative Technologien auf den Weltmärkten seine Position ausbaut. Das ist unsere Verantwortung als High-Tech-Land. Es ist ein Widerspruch, permanent von Umweltschutz, von Treibhauseffekt zu reden und dann die Kernenergie abzulehnen!

## Auf Kernenergie angewiesen

Die CDU/CSU setzt sich für eine gesicherte und sichere Energieversorgung mit allen Optionen für die Zukunft ein. Das beinhaltet als selbstverständliche Maßnahme das Energiesparen und den Energiemix aus fossilen Energien, erneuerbaren Energien und der Kernenergie!

Schon jetzt ist der Beitrag der Kernenergie zu unserer Energieversorgung unverzichtbar. Zukünftige Generationen werden noch mehr auf die Kernenergie angewiesen sein. Unsere Kinder werden sich dann fragen, warum wir nicht das entsprechende Know-how erarbeitet haben, schlimmer noch, warum wir aus der Technologie ausgestiegen sind. Insofern verhindert die SPD mit ihrem unvernünftigen Ausstiegsbeschluß Zukunft. Ein Hoffnungsschimmer bleibt: die SPD lehnt zwar die Kernspaltung ab, ist aber selbst im Kern gespalten, was die Nutzung der Kernenergie angeht.



# SPD für das Scheitern der Konsensgespräche verantwortlich

**Zum Scheitern der Energiekonsensgespräche zwischen den Parteien am 27. Oktober erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Energiepolitik der CDU, Ludwig Gerstein:**

Mit ihrem generellen und konzessionslosen Ausstiegskonzept aus der Kernenergie, das letztendlich die Verhandlungen zum Energiekonsens scheitern ließ, hat sich die SPD sowohl aus der Entwicklung und Förderung von Großtechnologien als auch aus unseren Bemühungen zum globalen Klimaschutz verabschiedet. Die von ihr angedeuteten Alternativen des verstärkten Energiesparens und der Förderung erneuerbarer Energien sind hingegen nebulös und in keiner Weise ausreichend, um die entsprechenden Lücken zu schließen. In einer Phase, in der es gilt, die Kräfte des Aufschwungs zu stärken, ist die SPD damit insgesamt zu einem unkalkulierbaren Faktor für den Wirtschaftsstandort Deutschland geworden.

Im einzelnen ist festzustellen:

- Der internationale Wettbewerb der Produktionsstandorte wird immer härter. Durch den von der SPD geforderten Kernkraftausstieg entstehen handfeste ökonomische Nachteile, denn schon heute machen die Stromkosten rund die Hälfte der industriellen Energiekosten aus. Bereits jetzt sind die Preisnachteile des Industriestroms in Deutschland gegenüber Ländern wie Dänemark, Belgien und Frankreich mit 5 bis 7 Pfennig je Kilowattstunde zu beziffern. Mit dem Ausstieg aus der Kernenergie würden wir uns endgültig aus einer international wettbewerbsfähigen Energieversorgung verabschieden.

- Ein sinnvoller ökologisch verträglicher

und wettbewerbsfähiger Energie-Mix, der auch den heimischen Energieträgern Steinkohle und ostdeutsche Braunkohle eine faire Chance gibt, kann nur unter Einbeziehung der Kernenergie aufrechterhalten werden. Rund ein Drittel des deutschen Stroms wird gegenwärtig durch Kernkraftwerke produziert. Mit dem Betrieb dieser Kraftwerke wird jährlich der Ausstoß von 150 Millionen Tonnen des Treibhausgases CO<sub>2</sub> verhindert. Ökonomisch können gerade im Steinkohlenbergbau die Arbeitsplätze nur langfri-

**Die CDU wird weiterhin alles tun, um den Einsatz der Kernenergie zu gewährleisten und den Anschluß an die internationale Energiepolitik nicht zu verpassen!**

stig gesichert werden, wenn seine Kostennachteile durch die preiswerte Kernenergie aufgewogen werden.

- International ist die Blockadepolitik der SPD besonders fatal. Setzt sie sich mit ihrer Linie durch, würde sich Deutschland aus einer Technik verabschieden, die angesichts des weltweiten Energiehungers und der absehbaren Erschöpfung der Vorräte an fossilen Rohstoffen und vor dem Hintergrund der globalen Klimaproblematik auch in Zukunft international von größter Bedeutung sein wird. Darüber hinaus würden wir jeglichen Einfluß auf die internationale Kooperation zur Verbesserung der internationalen Sicherheitsstandards der Kernenergie verlieren. Dies gilt besonders für unsere Nachbarn in Osteuropa, die auch in Zukunft auf die Kernenergie setzen



## „Bundesdelegiertentag“ der Frauen-Union am 13./14. November 1993 im Konrad-Adenauer-Haus

Unter dem Motto „Frauen knüpfen Netze für die Zukunft“ veranstaltet die Frauen-Union der CDU am 13. und 14. November 1993 ihren diesjährigen Bundesdelegiertentag mit Neuwahlen des Bundesvorstands der Frauen-Union im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn. In drei Foren werden Expertinnen und Experten aus Verbänden, Wirtschaft und Politik nicht nur über das Selbstverständnis von Frauennetzwerken, was sie leisten und was sie behindert, diskutieren, sondern auch über Partnerschaftsmodelle in Familie, Wirtschaft und Öffentlichkeit sowie über die Familie der Zukunft, ihre Leistungen als Auffangnetz oder Reparaturbetrieb.

**Eventuelle Rückfragen zum Bundesdelegiertentag richten Sie bitte an:**

**Frauen-Union  
Friedrich-Ebert-Allee 73-75  
53113 Bonn  
Telefon (02 28) 5443 15**



*Frauen  
knüpfen Netze  
für die Zukunft.*

20. Bundesdelegiertentag der  
Frauen Union der CDU Deutschlands  
13.-14. November 1993  
Konrad-Adenauer-Haus · Bonn



werden. Wer selbst — wie es die SPD jetzt tut — den probeweisen Bau eines Kraftwerkes ablehnt, bei dem jeder nur erdenkliche Unfall auf das Reaktorgebäude beschränkt sein wird, begibt sich bedeutsamer Exportmöglichkeiten, die nicht nur unsere Wirtschaft fördern, sondern auch unserer allgemeinen Sicherheit dienen.

● Auch die Verwirklichung von Energiesparkonzepten und die Förderung von erneuerbaren Energien benötigen als eine wesentliche Grundlage eine gesicherte

Energieversorgung, die auf einem ausgewogenen Energie-Mix basiert. Dies wird durch die Haltung der SPD verhindert. Die CDU wird weiterhin alles tun, um den Einsatz der Kernenergie zu gewährleisten, die Entsorgung dauerhaft zu regeln und den Anschluß in der internationalen Energiepolitik nicht zu verpassen. Weiterhin ist zu hoffen, daß in absehbarer Zeit die „Realisten“ in der SPD in der Energiepolitik wieder die Oberhand gewinnen und somit ein ausgewogener Konsens möglich wird.



Wolfgang Schäuble:

## Es geht uns nicht um Machtausübung, sondern um den Dienst am Nächsten

Wer gelegentlich ins benachbarte Ausland fährt oder ausländische Zeitungen studiert, stößt auf eine eigentümliche Mischung aus Bewunderung, Verwunderung und Mißtrauen. Wie die Deutschen seit ihrer Wiedervereinigung versuchen, mit den Nachwirkungen der Teilung fertig zu werden, das nötigt vielen Beobachtern Hochachtung ab. Verwundert nimmt man im Ausland zur Kenntnis, wie schwer wir Deutschen uns zugleich mit uns selbst tun.

Mit dem um Deutschland herum stets virulenten und nach den historischen Erfahrungen ja auch verständlichen Mißtrauen, welchen Weg dieser wirtschaftlich und bevölkerungsmäßig starke Nachbar nehmen wird, damit haben wir nicht nur zu leben, sondern wir müssen diesen Faktor auch immer wieder sensibel in unsere politische Rechnung einstellen. Daß wir allerdings nach der „Machtbesessenheit“ dauerhaft in der „Machtvergessenheit“ verharren, kann nicht die Antwort auf die „neue“ deutsche Frage sein — die Frage nämlich, wer wir sind und wohin wir in einer grundlegend veränderten Welt wollen.

Ich bin nicht sicher, ob wir wirklich alle schon begriffen haben, welche historische Zäsur sich mit dem Zusammenbruch einer Weltordnung in zwei antagonistisch geprägte Machtblöcke ereignet hat. Haben wir auch begriffen, daß sich hier plötzlich für Europa, für Deutschland auch eine ganz neue Sicherheitsfrage stellt? Und wenn wir es begriffen haben, ziehen wir dann die richtigen Konsequenzen?

Tun wir das, was unabweisbar nötig ist, um Frieden und Freiheit zu sichern?

Für mich beantwortet sich die zentrale Frage, ob das wiedervereinigte Deutschland das ihm zukommende Maß an Macht und Verantwortung nach außen wie nach innen richtig dosiert, vor allem durch die Frage danach, ob wir unseren Staat noch als Schutz- und Schicksalsgemeinschaft verstehen; eine Schutz- und Schicksalsgemeinschaft, die von den Bürgern auch als solche anerkannt und respektiert wird. Ich bin weit davon ent-

**Auszüge aus der Rede des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Schäuble, auf der 34. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises am 23. Oktober in Lübeck.**

fernt, einer neuen Staatsgläubigkeit das Wort zu reden. Aber ich bin fest davon überzeugt, daß unser Staat mehr sein muß als nur die reine Organisationshülle der Gesellschaft. Wenn der demokratische Staat als Schutzgemeinschaft fungieren soll, dann setzt dies eine einheitliche politische Willensbildung voraus. Er braucht die Entfaltung von demokratisch legitimierter politischer Macht.

In der Politik geht es um menschliche Güter, um menschliche Ziele. Verantwortung und Verantwortlichkeit sind in der modernen Demokratie das entscheidende



Mittel, politische Macht zu begrenzen. Macht und Verantwortung bilden insofern keinen Gegensatz. Nur wenn beides in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander steht, kann die freiheitliche Demokratie auf Dauer Bestand haben.

Wir Deutschen spüren heute in besonderer Weise, wie schwierig es ist, eine sowohl kraftvolle wie verantwortungsbewußte Politik im Dienste der Menschen zu verwirklichen. Das Ende des Ost-West-Konflikts mit den neuen Unwägbarkeiten, die Schwierigkeiten bei der Vollendung der inneren Einheit, die Verunsicherung angesichts der epochalen Umwälzungen — das alles hat auch den Blick geschärft auf die Defizite unseres Gemeinwesens. Diese Defizite werden jetzt bewußter wahrgenommen. Und damit eröffnet sich auch die Chance, sie abzubauen.

---

## Toleranz und Ausgleich

---

Der polnische Botschafter hat mir kürzlich einmal gesagt: „Wir Polen sind ein Volk, aber wir sind keine Gesellschaft. Und Ihr Deutschen wollt jetzt unbedingt noch ein Volk werden, obwohl Ihr so eine gute Gesellschaft seid.“ Ich glaube, es ist gut, beides zu haben. Die Frage: „Was ist des Deutschen Vaterland?“ war nie leicht zu beantworten. Aber auch wenn es uns schwer fällt, wir Deutschen müssen uns des Gefühls nationaler Zusammengehörigkeit wieder sicherer und gewisser werden.

In der Mitte Europas, mit unseren Aufgaben für die Überwindung der europäischen Teilung, kann ein neues nationales Selbstverständnis, eine neue nationale Identität der Deutschen nur auf dem Geist der Toleranz und des Ausgleichs aufbauen.

Daß die Beseitigung der Folgen von vierzig Jahren Sozialismus von vielen ledig-

lich als eine Frage der effizienten Organisation von Finanztransfers, aber nicht als nationale Aufgabe empfunden wird, ist ein Beleg für den Mangel an emotionalen Bindemitteln in dieser Gesellschaft. Im Osten Deutschlands vollzieht sich das gewaltigste Aufbauwerk der jüngeren Geschichte — und wir müssen feststellen, daß diese Leistung im Ausland mehr bewundernde Anerkennung findet als bei uns selbst. Dabei kann die Vollendung der Einheit nur gelingen, wenn wir unsere Mitbürger dafür gewinnen können, die Lasten solidarisch mitzutragen.

Aber worauf soll diese Solidarität denn gründen, wenn die Deutschen sich nicht als gemeinsame Nation empfinden? Wir müssen wieder lernen, an einem Strang zu ziehen. Wir können die Folgen der Teilung überwinden, aber wir müssen dafür auch zum Teilen bereit sein. Die Bereitschaft zum Teilen bemißt sich auch in der Bereitschaft, Veränderungen zu ertragen.

Das alles würde uns leichter fallen, wenn wir zu Staat und Nation ein unverkrampfteres Verhältnis hätten. Der Befund im wiedervereinten Deutschland ist jedoch noch ein anderer. Der Verfassungsrichter Böckenförde hat einmal gesagt, die freiheitliche Verfassung lebt von Voraussetzungen, die sie selbst nicht garantieren kann. Dazu gehört vor allem ein gewisses Grundverständnis von Werten, aber auch ein Bewußtsein der Zusammengehörigkeit, das ohne das nationale Element verkümmern muß.

---

## Grundwertekonsens brüchig

---

Wir müssen registrieren, daß der Staat und seine demokratischen Institutionen sich in zunehmendem Maße der Respektlosigkeit bis hin zur Abwendung ausgesetzt sehen. Wir müssen feststellen, daß



der Grundwertekonsens brüchig geworden ist. Verstehen wir unseren Staat eigentlich noch als eine Gemeinschaft, die nicht nur Ansprüche befriedigt, sondern die ihre Bürger auch in Anspruch nimmt? Ich habe den Eindruck, daß immer mehr Menschen diesen Staat nur noch als eine Art Sozialagentur ansehen.

Ich bin überzeugt, ohne Bürgersinn, ohne Pflichtgefühl, ohne Dienst an der Gemeinschaft kann ein freiheitlicher Staat auf Dauer nicht bestehen. Dienst an der Gemeinschaft beginnt in der Familie. Und wer im sozialen Ehrenamt, in Elterninitiativen und Nachbarschaftshilfen mitarbeitet, der dient. Aber auch wer sich in den Parteien engagiert, der dient. Ohne die Parteien kann eine freiheitliche Demokratie nicht funktionieren.

---

## Liebe zum Vaterland

---

Auftrag des Christen ist es, sich um die gesellschaftlichen und politischen Angelegenheiten zu kümmern, sich für seine Mitmenschen zu engagieren. Nicht um Machtausübung geht es für uns Christen in der Politik, sondern um den Dienst am Nächsten. Dieses christliche Politikverständnis ist von ungebrochener Aktualität. Gerade heute brauchen wir den Bürger, der sich aus eigener Verantwortung und aus Pflichtgefühl für die öffentlichen Angelegenheiten und damit für seine Mitmenschen engagiert.

Dies und nichts anderes hat man seit jeher unter Patriotismus, unter Liebe zum Vaterland verstanden. Unser Vaterland könnte viel mehr Patriotismus brauchen.

Wie aber erhält man dem Gemeinwesen unter den Bedingungen der modernen Demokratie das notwendige Maß an Bürgersinn? Die Politiker müssen personelle Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft zurückgewinnen. Aber Glaubwürdigkeit,

Vertrauen, Engagement und Solidarität brauchen einen Nährboden, um wachsen zu können. Wenn sich eine Gesellschaft nicht mehr auch als Wertegemeinschaft versteht, trocknet dieser Nährboden aus. Die gesellschaftlichen Probleme unserer Tage — mangelndes Rechtsbewußtsein, Intoleranz, Gewalttätigkeiten, fehlende Solidarität — haben doch entscheidend damit zu tun, daß der Wertekonsens in unserer Gesellschaft brüchig geworden ist. Im Gefolge der kulturevolutionären Umbrüche der sechziger Jahre hat es einen Abbau überlieferter Werte gegeben; der Aufbau neuer Werte ist aber ausgeblieben.

Wenn es heute Probleme gibt bei der Vermittlung von Werten an die jüngere Generation, dann hat dies entscheidend damit zu tun, daß die sozialen Strukturen in unserem Lande, die Familien in ihrer Funktionskraft geschwächt worden sind, daß der Zusammenhalt in den Gemeinden schwindet. Wenn wir dieser Entwicklung etwas entgegensetzen wollen, dann müssen wir die wertevermittelnden Institutionen unterstützen.

Wir müssen den Austausch und die Solidarität zwischen den Generationen fördern — dies ist eine gesellschaftspolitische Aufgabe ersten Ranges. Zumal wir Christen müssen dazu beitragen, Grundwerte und sittliche Grundhaltungen in unserer Gesellschaft lebendig zu erhalten und weiterzuvermitteln.

---

## Verantwortung nach innen

---

Nur ein Staat, der seiner Verantwortung nach innen gerecht wird, und nur eine Gesellschaft, die in dieser staatlichen Gemeinschaft mehr erblickt als nur ein notwendiges Übel, ist auch in der Lage, der Verantwortung nach innen wie nach außen für die Sicherung von Frieden und Freiheit nachzukommen. ■



# Zabitzer „Wasserfest“ feiert neue Trinkwasserleitung der Region

„Wasser marsch“ riefen am 4. September die Feuerwehrleute aus Zabitz, Maxdorf und Klein Paschleben und führten den vielen großen und kleinen Gästen des ersten Zabitzer „Wasserfests“ vor Augen: es fließt, und die

## SEPTEMBER

Zeiten derart schlechter Wasserqualität, daß das Trinkwasser dieser Region mit 400 Milligramm Nitrat pro Liter als „Brauchwasser“ eingestuft werden mußte, sind endgültig vorbei.

Am 10. Juli 1992 wurde der erste Spatenstich zum Bau einer neuen Trinkwasserleitung auch nach Zabitz und Umgebung getan. Ein Jahr später ist es soweit, und auch der persönliche Einsatz des CDU-Landtagsabgeordneten und Kultusministers Werner Sobetzko hat sich gelohnt. Generalsekretär Peter Hintze hat dem Kreisverband Köthen im Landesverband Sachsen-Anhalt für die Ausrichtung die-

## „Aktion des Monats“

ses „Wasserfests“, auf dem Junge und Alte ausgelassen feierten und dessen Name allein schon fasziniert, die inzwischen zum dritten Mal vergebene Urkunde für die „Aktion des Monats“ verliehen.

## Schöner Grund zum Feiern

Hintze sprach dem ausrichtenden Kreisverband, allen verantwortlichen Organisatoren und den zahlreichen Helfern seinen Dank und seine Anerkennung aus und verband mit der Auszeichnung den Wunsch, daß schon sehr bald — vor allem in den neuen Ländern — viele weitere Städte und Gemeinden einen so triftigen Grund zum Feiern haben.



Ganz offensichtlich schmeckt ihnen das frische Wasser aus der neuen Trinkwasserleitung (v. l. n. r.) Landrat Ulf Schindler, Kultusminister Werner Sobetzko, Kreisgeschäftsführer Dietmar Krause und Hartmut Brümmer vom Wasserzweckverband.



Sigmund Heller (l.) begrüßt den niederländischen Ministerpräsidenten Ruud Lubbers bei seiner Ankunft mit dem Hubschrauber in Bad Breisig.



Als Anerkennung und zur weiteren Unterstützung seiner politischen Arbeit — gerade auch im Hinblick auf das Wahljahr 1994 — erhielt der Kreisverband einen „Canvassing-Stand“.

## Arbeitskreis Europa-Politik

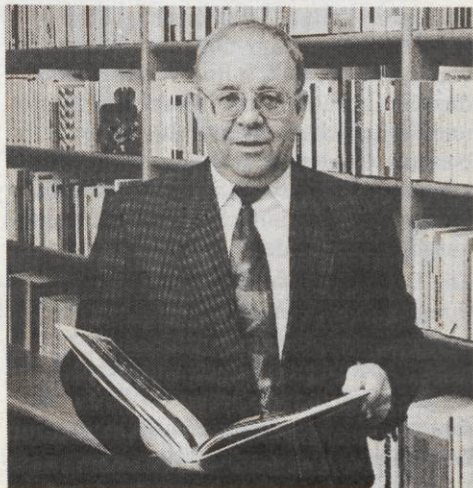
Mit dem zweiten Preis zeichnete der Generalsekretär den Vorsitzenden des Ständigen Arbeitskreises Europa-Politik im Kreisverband Ahrweiler, Sigmund Heller, sowie die Vorstandsmitglieder dieses Arbeitskreises für deren Einsatz für ein vereintes Europa aus.

Hintze erinnerte daran, daß der Arbeitskreis Europa-Politik bereits seit elf Jahren bestehe und in dieser Zeit interessante und öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen durchgeführt habe, die den Menschen in und um Ahrweiler den Europa-Gedanken nahebringen sollten: so zuletzt mit der Einladung des niederländischen Ministerpräsidenten Ruud Lubbers.

## Bibliothek in Gütersloh

Mit dem dritten Preis zeichnete der Generalsekretär Kreisgeschäftsführer Paul Holtmannspötter (Gütersloh) für die Einrichtung einer CDU-Bibliothek aus.

Den umfangreichen Nachlaß des verstorbenen Bundstagsabgeordneten Hubert Doppmeier und die bereits vorhandenen zahlreichen Bücher und Fachzeitschriften hat Paul Holtmannspötter in dafür geeigneten Räumlichkeiten und durch eine sinnvolle Katalogisierung nicht nur den CDU-Mitgliedern des Kreises zugänglich gemacht, sondern auch allen Bürgerinnen und Bürgern sowie Schülern und Studenten.



Kreisgeschäftsführer Paul Holtmannspötter vor der von ihm geschaffenen „Partei-Bibliothek“, die auch Nichtmitgliedern zugänglich ist.



# Junge Union: „Mehr Privatisierung und Subventionsabbau“

Die Junge Union Deutschlands hat sich auf ihrem Deutschlandtag in Bochum vom 29. bis 31. Oktober für einen verstärkten Subventionsabbau zur Konsolidierung der Staatsfinanzen und eine weitgehende Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen ausgesprochen.

Die Unions-Jugend forderte außerdem, Verteilungskonflikte nicht länger „zu Lasten der jungen und kommenden Generationen“ zu lösen. In ihrem Leittrag „Standort Deutschland — Es geht um unsere Zukunft — Jetzt!“ riefen die jungen Christdemokraten zur staatlichen Sparsamkeit auf. Öffentliche Haushalte sollten in den nächsten Jahren nur um drei Prozent wachsen.

## Wettbewerb und Leistung

Der JU-Vorsitzende Hermann Gröhe beklagte vor den Delegierten widersprüchliche Aussagen in zentralen Fragen von Seiten der Union und verlangte von der CDU „endlich ein stimmiges Finanz- und Wirtschaftskonzept“. Im Wirtschaftsbereich will die Junge Union mehr Wettbewerb und Leistung, staatliche Sozialleistungen müßten auf wirklich Bedürftige ausgerichtet werden.

Die Delegierten verabschiedeten auf ihrem Deutschlandtag auch Leitlinien zur verstärkten Förderung von jungen Frauen. Redner bei der Jungen Union waren unter anderem: CDU/CSU-Fraktionsvize Heiner Geißler und Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann.

In der Diskussion mit Bundeskanzler Helmut Kohl am Sonntag klangen auch viele kritische Töne an. Die Delegierten

beklagten neben der zögerlichen Behandlung drängender Themen die mangelnde Diskussionskultur in der CDU/CSU und die daraus resultierende geringe Akzeptanz in der Öffentlichkeit sowie die schlechte Vorbereitung der Kandidatur Steffen Heitmanns als Bundespräsident.

**JU-Chef Hermann Gröhe fordert „endlich ein stimmiges CDU-Wirtschaftskonzept.“**

Der Parteivorsitzende konterte die Vorwürfe mit Themenbeispielen, in denen seiner Meinung nach die CDU die öffentliche Diskussion entschlossen führe, und nannte dabei ausdrücklich die Pflegeversicherung, stimmte aber der Beschreibung einer „Verkrustung“ der CDU und der Gefahr der geistigen Erstarrung der Parteien zu.

Helmut Kohl bezeichnete die öffentliche Diskussion um Steffen Heitmann als teilweise „Verleumdungskampagne“: „Ich kämpfe für Heitmann, weil ich der Überzeugung bin, das ist ein sehr guter Mann.“

## Initiative für Heitmann

In einem Initiativantrag stellte sich die Junge Union ausdrücklich hinter die Kandidatur des sächsischen Justizministers, äußerte allerdings auch Verständnis für anhaltenden Diskussionsbedarf. Loyalität und Geschlossenheit von Fraktion und Partei dürften von der Parteispitze nicht bedingungslos eingefordert werden.



# Die europäische Einigung braucht die Unterstützung der Menschen

*Liebe Parteifreunde,*

am 12. Oktober 1993 hat das Bundesverfassungsgericht den Weg zum Startschuß für die Europäische Union am 1. November 1993 freigegeben. Damit tritt die europäische Einigung in eine entscheidende Phase ein. Die kommenden Jahre sind für den weiteren Aufbau der Europäischen Union von ganz entscheidender Bedeutung.

1995 soll die Europäische Union die beitragswilligen EFTA-Staaten aufnehmen, 1996 werden weitere Schritte auf dem Weg zur politischen Union Europas ausgehandelt, und ab 1999 soll schrittweise für diejenigen Mitgliedstaaten eine gemeinsame europäische Währung eingeführt werden, die die strengen Kriterien für Geldwertstabilität und konsolidierte Haushalte einhalten können.

Nach dem Umbruch in Mittel- und Osteuropa und in einer Zeit zunehmender nationaler Konflikte, in der sogar Kriege in Mittel- und Osteuropa wieder geführt werden, ist die Europäische Union ein fester Stabilitätsanker. Niemand in Europa hat so viele Nachbarn und Grenzen wie Deutschland. Niemand ist so wie wir auf Zusammenarbeit angewiesen. Die Europäische Union sichert auf Dauer, daß nationale Interessengegensätze in Europa nur am Verhandlungstisch ausgeglichen werden.

So sichert die Europäische Union Frieden, Freiheit und Wohlstand auf Dauer. Die Einigung Europas ist daher eine, wenn nicht sogar die Schicksalsfrage Deutschlands.

Das Wort des Jahres 1992 war „Politik-

verdrossenheit“. Wie wir wissen, erwarten die Bürger, daß wir die Probleme lösen. Doch welches Problem können wir denn noch rein nationalstaatlich lösen? Verschmutzte Luft und Wasser machen an den Grenzen nicht halt, Wirtschaft und Arbeitsplätze sind auf offene Grenzen angewiesen, Asylregelungen müssen europaweit vereinheitlicht werden, die Bekämpfung von Drogenmafia und Terrorismus kann nur in internationaler Abstimmung erfolgreich sein. Ohne eine enge europäische Zusammenarbeit können wir keine der entscheidenden Zukunftsaufgaben für unsere Bürger lösen.

Wir stehen jetzt wenige Monate vor dem Beginn des Superwahljahres 1994. Mitten in den Wahlen stehen die Europawahlen

**Europa-**

**Herbstaktion '93**

an, nur vier Monate vor den Bundestagswahlen und nur wenige Tage vor Beginn der Übernahme des EG-Vorsitzes durch die Bundesrepublik Deutschland. Auch finden einige Kommunalwahlen zeitgleich mit den Europawahlen statt. Das Eurothema wird den Ausgang aller Wahlen wesentlich beeinflussen.

Daher stehen wir jetzt vor der entscheidenden Aufgabe, unseren Mitbürgern den Weg nach Europa detailliert zu erläutern und vor allem die Chancen herauszustellen, die sich uns allen in einem künftigen geeinten Kontinent bieten.

Wir haben gesehen, daß neue politische Entwicklungen Fragen und Sorgen auslö-



sen. Die Europapolitik wird daher im nächsten Jahr zur Herausforderung an unsere politische Kampagnefähigkeit. Aber welche Partei wäre besser in der Lage, diese Herausforderung zu bestehen, als die CDU? Keine andere Partei hat sich entschiedener schon seit Jahrzehnten für Europa stark gemacht; keine andere Partei ist erfolgreicher für deutsche Interessen in Europa eingetreten. Die CDU ist die deutsche Europapartei. Die europäische Einigung braucht die Unterstützung der Menschen. Nur wenn die Bürger die Vorteile von europäischer Zusammenarbeit und Einigung verstehen und die Veränderungen mittragen, kann dieser historische Prozeß gelingen. Ängste können nur durch solide Informationen abgebaut werden.

**Die Bürger fragen vor Ort. Deshalb muß auch die CDU in der Lage sein, vor Ort zu antworten. Nur so kann Breitenwirkung erreicht werden. Europa muß vor Ort erfahrbar sein. Wir brauchen Ansprechpartner für Europa in jedem Kreisverband. Es geht um die Europäisierung der Parteiarbeit, es geht um die Vorbereitung des Europawahlkampfes.**

Die Bundespartei unterstützt diese Anstrengungen. Unser Informations- und Werbematerial hilft Ihnen bei der Arbeit vor Ort. Nutzen Sie die Chance. Steigen Sie ein in ein spannendes Thema. Die Europa-Herbstaktion '93 und der Europa-Wahlkampf '94 werden nur ein Erfolg, wenn auch Sie mitmachen.

Mit freundlichen Grüßen

JL

Hans-J. Reck

Hans-Joachim Reck

## Materialien zu Europa

### ● Das bringt uns die Europäische Union

Neuerungen und Nutzen für uns Deutsche

Am 1. November 1993 ist die Europäische Union in Kraft getreten. Was bedeutet das überhaupt und insbesondere für uns Deutsche? Was bringt uns der Binnenmarkt? Welche Auswirkungen hat die Europäische Union auf die Asylpolitik? Die Antworten auf diese Fragen gibt Ihnen anhand von überschaubaren Grafiken und informativen Texten diese Broschüre.

Bestell-Nr. 5752

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 15,90 DM

### ● Europa in Stichworten

Fakten und Argumente zur Europapolitik

Wenn es um das Thema Europa geht, dann begegnen Sie oft vielen Vorurteilen, die meist in der ungenügenden Information der Betroffenen begründet ist. Doch das ist nicht verwunderlich angesichts der sehr komplexen Thematik „Europa“. Um dies den Bürgern nahezubringen, benötigen Sie detaillierte und sachliche Informationen, warum die CDU in diesem Thema die treibende Kraft in Deutschland ist.

Bestell-Nr. 5736

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 29,90 DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum

Postfach 11 64, 33759 Versmole

Fax (054 23) 4 15 21



# DAS BRINGT UNS DIE EUROPÄISCHE UNION

NEUERUNGEN UND NUTZEN FÜR UNS DEUTSCHE



# ARGUMENTE FÜR EUROPA

FLUGBLATTVORLAGEN · INFOTEXT  
MUSTER-PRESSEERKLÄRUNGEN



# EUROPA IN STICHWORTEN

FAKTEN UND ARGUMENTE ZUR EUROPAPOLITIK



## ● Argumente für Europa

Diese Sammlung aus Flugblattvorlagen, Infotexten und Muster-Presseerklärungen erhalten alle Landes-, Bezirks- und Kreisverbände in den nächsten Tagen zugesandt. Zusätzliche Exemplare können, so lange der Vorrat reicht, über die

**CDU-Bundesgeschäftsstelle**  
**Abt. Information**  
**Herrn Linden**  
**Friedrich-Ebert-Allee 73**  
**53113 Bonn**  
**Fax (0228) 544-482**

bezogen werden.

In den nächsten UfD-Ausgaben werden wir weitere Materialien zum Thema Europa vorstellen.



## Werbemittel zur Weihnachtszeit

### ● Advents- und Weihnachtsliederbuch

(Abbildung)

Trotz aller modernen HiFi-Anlagen und CD-Player ist Weihnachten nach wie vor das Fest, bei dem am meisten im Kreise der Familie gemeinsam gesungen wird. Doch Hand aufs Herz! Kennen Sie alle Texte auswendig?

Bestell-Nr.: **2867**

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 18,75 DM

### ● Weihnachts-Postkarte

Ein netter Brauch zu Weihnachten ist immer wieder die Weihnachtspostkarte. Ein kleiner Gruß, ein paar nette Zeilen bringen Sie bei Ihren Bekannten und Verwandten in Erinnerung: „Frohe Weihnachten — Wir haben Euch nicht vergessen — Wir denken an Euch.“

Bestell-Nr.: **9453**

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 9,90 DM

### ● Geschenkpapier

(Abbildung)

Auch beim Einpacken der Geschenke denken wir an den Umweltschutz, deshalb wurde unser Geschenkpapier zu 100% aus Altpapier hergestellt.

Bestell-Nr.: **9592**

Verpackungseinheit: 20 Bogen

Preis je Verpackungseinheit: 19,60 DM

### ● Winter-Schal

Bestell-Nr.: **9362**

Verpackungseinheit: 5 Stück

Preis je 5 Expl.: 47,25 DM

### ● CDU-Eiskratzer in neuer Qualität

Weihnachtszeit, das ist in unseren Breitengraden auch immer die kalte Jahreszeit, d. h. zugefrorene Scheiben, verschmutzte Scheinwerfer behindern wieder die Sicht. Unser neuer CDU-Eiskratzer schafft hier Abhilfe.

#### Und was ist da dran neu?

Der neue Eiskratzer ist größer, besteht aus stärkerem Material und besitzt einen langen Griff, damit die Finger nicht schmutzig werden.

#### Und wo bleibt der Umweltschutz?

Der neue Eiskratzer besteht aus recycelten bzw. wieder eingeschmolzenen Produktionsabfällen aus Polysterol, das z. B. für die Produktion von Joghurtbechern benötigt wird.

Bestell-Nr.: **9890**

Mindestabnahme: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 69,— DM

### ● CDU-Europa-Kalender

Als attraktiver Begleiter im Megawahlkampfjahr, als Geschenk für Parteifreunde und Sympathisanten bietet sich der neue CDU-Europa-Kalender an. Interessante Bilder aus zwölf deutschen Regionen und ihren europäischen Partnerstädten stehen für das zusammenwachsende Europa.

Der Kalender besteht aus 13 Blättern und hat ein Format von 39 x 30 cm.

Bestell-Nr.: **9610**

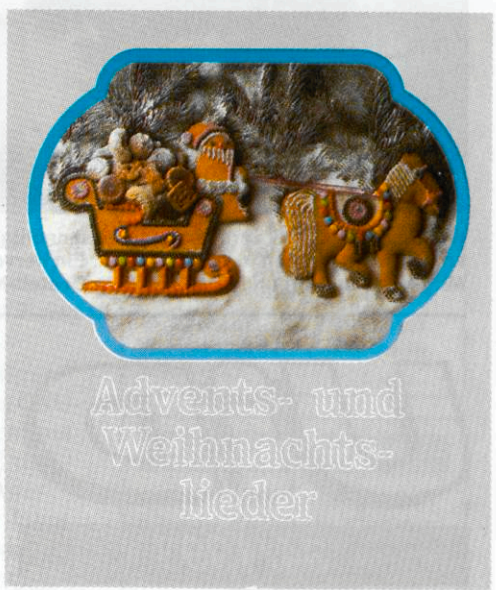
Mindestabnahme: 10 Stück

Preis per Mindestabnahme: 50,— DM

Alle Preise verstehen sich inkl. Versand: zzgl. MwSt.



# Europa wächst zusammen



Bestellungen an:  
IS-Versandzentrum  
Postfach 1164  
33759 Versmold  
Fax (05423) 41521



UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 2449  
53014 BONN

## Weihnachtslieder aus aller Welt



Weihnachts-CD: 26 verschiedene Weihnachtslieder aus aller Welt mit einer Gesamtspieldauer von über 52 Minuten in DDD-Qualität. Ein hervorragendes Präsent zum Jahresende für verdiente Mitglieder und Freunde der Partei. – Bestell-Nr. 9450, Preis je CD: 6,40 DM.

# UID

34/1993

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 54 41, Verlag: Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73–75, 53113 Bonn, Tel. (02 28) 53 07-0, Telefax (02 28) 53 07-118/119. Vertrieb: Tel. (02 28) 544-421. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich.  
**Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 38050000), Postgirokonto Köln Nr. 193795-504 (BLZ 370 10050). Abonnementspreis jährlich 52,— DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.